

# hayekforum

magazin für die freiheit

**Argumentieren ist  
kein Luxus**

Carlos A. Gebauer

**Mit der "Kettensäge"  
zum Liberalismus**

Prof. Dr. Philipp Bagus

endlich  
mehr

# Freiheit



**IMPRESSUM:**

**hayekforum**

Herausgegeben von der  
**Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e.V.**  
Albrechtstraße 11  
D 10117 Berlin

Redaktion:  
Nickolas Emrich (V. i. S. d. P.)  
Johannes Koberstein  
Ralf M. Ruthardt

Layout & Gestaltung: Ralf M. Ruthardt

**Redaktionsanschrift:**

Hayek-Gesellschaft  
Albrechtstraße 11  
D 10117 Berlin  
Kontakt: [magazin@hayek.de](mailto:magazin@hayek.de)  
<https://hayek.de>

© Hayek-Gesellschaft | 01.10.2025

**Diese Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Vervielfältigungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.**

Die Rechte an Fotografien, Gemälden, Grafiken und Illustrationen liegen, soweit nicht anders gekennzeichnet, bei den genannten Personen.

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausdrücklich nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Hayek-Gesellschaft wieder.**



ISSN 3053-2485 (online)

Abonnieren Sie kostenlos die Online-Ausgabe (PDF) des Magazins: <https://hayek.de>

## Inhalt

### EDITORIAL 4

Prof. Dr. Stefan Kooths

### Argumentieren 6

ist kein Luxus

Carlos A. Gebauer

### Mit der „Kettensäge“ zum 10

Liberalismus

Prof. Dr. Philipp Bagus

### Wer regiert Deutschland – 20

das Volk oder die Richter?

Dr. Ulrich Vosgerau

### Rubrik: Hayek Clubs! 34

Moderation: Christian Langer

### Generationen verbinden, 38

Zukunft sichern

Prof. Dr. Heiko Kleve

### Kolumne: „Hayek und mehr ...“ 44

Wirtschaftswissenschaften und  
Religion – eine Versöhrung

Dr. Hendrik Hagedorn

### Rubrik: Das Buch 50

„Des Teufels Geld“

Rezension von Christian Langer

### Javier Milei – 54

Zwischen Hoffnung  
und Realität

Nickolas Emrich

### Die stille psychologische 58

Macht der Narrative

Prof. Dr. Erick Behar-Villegas

### Kolumne: Gedankensprung 68

Ralf M. Ruthardt

### Bildkolumne 70

Ralf M. Ruthardt



■ EDITORIAL



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Freiheit bleibt ein anspruchsvolles Unterfangen. Sie muss immer wieder neu errungen, verteidigt und gelebt werden. Das war die Botschaft meines ersten Editorials – und sie gilt weiter. Die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten Wochen haben erneut gezeigt, dass liberale Prinzipien keine Selbstverständlichkeit sind, sondern täglich aufs Neue begründet werden müssen. Denken wir nur an die Unsäglichkeiten im Rahmen der Neubesetzungen des Bundesverfassungsgerichts.

Die *Friedrich August von Hayek-Gesellschaft* und ihre Mitglieder, Freunde und Partner tragen die Ideen einer freien Ordnung in Wissenschaft, Publizistik und Unternehmertum hinaus. Die Resonanz, die wir auf die erste Ausgabe des *hayekforum* erfahren haben, bestätigt einmal mehr, dass es ein wachsendes Bedürfnis nach fundiertem liberalem Denken gibt.

Lassen Sie mich an die Verleihung der Hayek-Medaille 2024 an den argentinischen Präsidenten Javier Milei erinnern. Sie würdigte nicht nur seinen Mut, in einem krisengeschüttelten Land konsequent marktwirtschaftliche Reformen anzustoßen, sondern auch seinen Beitrag, das liberale Denken in die internationale Debatte zurückzubringen. Mileis Beispiel zeigt, wie durch Entschlossenheit und Ideenreichtum die Chancen auf Wohlstand und Freiheit neu belebt werden können.

Vor uns liegen nun die Hayek-Tage 2025, die am 24. und 25. Oktober in Weimar stattfinden werden. Sie stehen unter dem Zeichen grundlegender Fragen: Wie freiheitlich ist Deutschland noch? Freiheit oder Gleichheit?

Welchen Weg wird die Demokratie gehen? Diese Themen sind keine akademischen Gedankenspiele, sondern betreffen die Grundlagen unserer Gesellschaft.

2025 würdigen wir mit der Hayek-Medaille **Vince Ebert** – einen der scharfsinnigsten Freigeister in der deutschsprachigen Kulturszene. Als Wissenschaftsbotschafter und Kabarettist mit klassisch-liberalem Kompass verteidigt er die kritische Vernunft im Geiste der Aufklärung. Intelligent statt selbstverliebt, punktgenau und nie böseartig. Ein Klarspüler gegen die Schlieren des intellektuellen Konformismus. – Herzliche Gratulation!

Das *hayekforum* möchte weiterhin das leisten, was es sich vorgenommen hat: Denker und Macher zusammenzubringen, Analysen zu schärfen und Mut zu machen, die Ideen der Freiheit entschlossen zu vertreten.

In diesem Sinne freue ich mich, dass Sie uns auf dieser Reise begleiten.

Herzlichst

Ihr

Prof. Dr. Stefan Kooths

Vorsitzender des Vorstands

der Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e.V.



***Argumentieren  
ist kein Luxus  
Schweigen macht arm***

von Carlos A. Gebauer

Hat es Sinn, mit anderen über Themen zu reden, zu denen schon alles gesagt ist? Ist es im Gegenteil nicht sogar Zeitverschwendung, über Dinge zu sprechen, die bereits abschließend erörtert sind? Wozu sollte man Fragen stellen, auf die alle Antworten bereits gegeben sind und über die es sogar einen breiten wissenschaftlichen Konsens gibt? – Diesen Fragen geht Carlos A. Gebauer nach. Gebauer ist Mitglied des Vorstands der Hayek-Gesellschaft.

In der juristischen Literatur gibt es seit langem eine Standardformulierung, mit der man das Recht verteidigt, äußern zu dürfen, was einem gerade durch den Kopf geht. Sie lautet: Die Meinungsäußerungsfreiheit ist für eine freiheitliche Gesellschaft „schlechthin konstituierend“. Es war das deutsche Bundesverfassungsgericht, das diese geradezu architektonisch grundlegende Spielregel für das gesellschaftliche Gespräch in der prosperierenden Bundesrepublik in dieser Formulierung erstmals aussprach.

Man soll mithin nicht nur das Recht haben, über Tatsachen zu sprechen. Man soll vielmehr auch befugt sein, das eigene Empfinden und Einschätzen zum Gegenstand einer Botschaft an andere machen zu dürfen. Genau diese Erweiterung des Rederechtes – über das bloße „Sagen, was ist“ hinaus – ist von eminenter Bedeutung für ganze Gemeinwesen. Wer nämlich von einem unbezweifelbar feststehenden Umstand berichtet, der gibt in der Sache nur wieder, was er gesehen oder sonstwie erkannt hat. Das ist zwar wichtig, weil es wahre Nachrichten von unwahren unterscheiden läßt.

Bloße Vermutungen, Rückschlüsse oder Prognosen zu äußern, ist jedoch etwas anderes. Wer so spricht, der teilt das eigene tastende Denken mit anderen, um auf diese Weise unfertige und unerprobte Gedanken außerhalb des eigenen Kopfes kundzutun oder solche – in umgekehrter Richtung – in Erfahrung zu bringen. Meinungsäußerungsfreiheit ist somit im Wesentlichen eine Methode, um zu bestätigen oder zu widerlegen, was

man selbst zunächst nur unter Vorbehalt als richtig annimmt. Indem dadurch auch die Erkenntnisse anderer für das eigene Erkennen fruchtbar gemacht werden, vergrößert sich nicht nur das eigene Wissen, sondern wechselseitig auch das der anderen.

Aus diesem Grunde sind Gesellschaften, in denen das prinzipielle Recht herrscht, seine Gedanken jederzeit und jedem gegenüber offen aussprechen zu dürfen, wohlhabender als Gesellschaften, in denen die freie Rede unterdrückt wird. Denn je mehr die Ideen der einzelnen kreisen können, desto schneller setzen sich zutreffende Informationen durch und desto zügiger werden umgekehrt auch unzutreffende Informationen widerlegt. Richtige Vermutungen können sich auf diese Weise schneller zu verwertbarem, sicherem Wissen verdichten, und auf unrichtige Spekulationen werden nicht länger vielerorts Ressourcen verschwendet. Im Ergebnis führt diese zunächst intellektuelle und dann verfassungsjuristische Entscheidung für ein Recht auf allgemein freie Rede damit sogar zu handfesten objektiven Effizienzgewinnen für jedermann.

Dies auszusprechen erscheint heute gerade deshalb von großer Bedeutung, weil im gegenwärtigen Debattenklima der Eindruck vorzuherrschen scheint, Argumentieren sei Zeitverschwendung. Namentlich dort, wo ein überragender wissenschaftlicher Konsens bestehe, hört man, müsse nicht mehr diskutiert werden. Mehr noch: In solchen Situationen dürfe gar nicht mehr argumentiert werden, weil dadurch wertvolle Zeit verloren



gehe. Die herrschende Meinung alleine weise bereits den richtigen Weg, Gegenrede störe nur und halte auf.

Abgesehen von der verfassungsjuristischen Problematik einer solchen Weltsicht, führt dieser Impetus zur Diskursreduktion zwangsläufig zu einer Eingrenzung der Entwicklungspotentiale einer Gesellschaft. Wo Diskussionen inhaltlich gehaltloser werden, da verarmt eine Gemeinschaft bald auch ökonomisch. Wirtschaftsgeographische Vergleichsbetrachtungen zeigen immer wieder: Wo der Bildungsstand hoch, das Rederecht frei und die dezentrale Kreativität unbeschränkt ist, da haben selbst Landstriche ohne natürliche Bodenschätze gute Aussicht auf eine materiell hohe Lebensqualität.

Argumentieren ist also kein Luxus. Argumentieren ist vielmehr eine zwischenmenschliche Notwendigkeit. Wer argumentiert, der legt seine Gedanken offen. Die lateinische Mutter des Wortes, das Verb „arguere“, beschreibt die Tätigkeit des Beweisführens. Es geht um das allseits nachvollziehbare Zeigen einzelner Umstände und um das erläuternde Offenlegen von Zusammenhängen unter ihnen. Ein Nachweis im Rahmen der Beweisführung ist also eine kommunikative Darstellung dessen, was der Redner denkt und zeigen möchte. Überzeugend ist eine Argumentation folglich, wenn sie ihren Sachverhalt schlüssig und widerspruchsfrei darstellen kann. Insofern hat das Argumentieren interaktionstechnisch gleich zwei wesentliche Funktionen: Es zwingt den Redner, seinen eigenen Vortrag zunächst selbst auf gedankliche Kohärenz zu prüfen. Ist er infolge dieser Prüfung davon überzeugt, dass sein Gedanke gut strukturiert ist, teilt er ihn anderen mit. Infolge dieser Offenlegung besteht dann für seine Diskutanten die Möglichkeit, die von ihm präsentierte Beweisführung gemeinsam zu prüfen und festzustellen, ob sie tatsächlich zutreffend ist und dadurch alle überzeugt.

Es ist kein Zufall, dass uns genauer betrachtete Worte durchaus leiten können, wenn wir nach neuen Einsichten suchen. Wenn wir zum Beispiel den eigenen „Standpunkt“ verlassen und den eines anderen einnehmen, dann können wir einen Gegenstand nicht nur aus der eigenen, sondern auch aus der Perspektive des anderen betrachten. Dann gelingt jene „Offenlegung“, zu der uns das Argumentieren führt, durch neue Sichtweisen auf das Objekt unserer Überlegungen. Sitzen zwei Menschen hingegen fest auf ihren Stühlen an einem Tisch und betrachten unbeweglich ein und dieselbe Münze in ihrer Mitte, werden sie den anderen nie davon überzeugen können, dass dort (nur!) ein Adler oder eine Zahl zu sehen ist. Erst wenn man beginnt, sich selbst zu bewegen, eröffnet man sich auch neue Erkenntnismöglichkeiten.

Argumentiert man aber nicht nur, sondern diskutiert sogar, dann zerlegt man den betrachteten Gegenstand auch noch in seine Einzelteile, um ihn dadurch in seinen zutage tretenden Bestandteilen detaillierter zu erfassen. Das lateinische „discutere“ bezeichnete nämlich ursprünglich den Vorgang des Zerlegens, da es auf das Wort „quater“ (zerschlagen) zurückgeht.

Und auch in der gemeinschaftlichen „Erörterung“ eines Themas ist das Wort „Ort“ nicht ohne Grund enthalten: Die Diskutierenden umkreisen ihren Gegenstand in Gedanken gemeinschaftlich, um an ihm durch wechselseitige Kundgabe ihrer eigenen Eindrücke immer neue, bislang verborgene Dimensionen zu entdecken. Selbst der nur imaginäre Rundgang um einen abstrakten Begriff kann so zu ungeahnten Einsichten führen. Lässt man sich darauf ein, den tastenden Gedanken und Darstellungen eines anderen zu folgen, so ist es bisweilen, als sei man zusammen mit einer Taschenlampe um eine monströse Maschine herumgewandert. Die Hinweise des anderen fördern dann oft Bestand-



teile und Funktionen des Betrachtungsgutes zutage, die man selbst bei ursprünglich noch so intensiver Untersuchung weder gesehen, ja nicht einmal erahnt hatte.

Zu glauben, man könne durch einen offenen und vorurteilsfreien Austausch mit anderen in der Welt nichts Neues mehr sehen, ist nach allem schlicht Hochmut. Nur der Einfältige kann der Überzeugung sein, er wisse schon alles und seine Kenntnisse wären bereits abschließend. Wer das neugierige Argumentieren mit anderen einstellt und skeptische Diskussionen für beendet erklärt, der verarmt. Erst selbst geistig. Und dann ganz praktisch mit seiner ganzen Gesellschaft auch wirtschaftlich. Jede Kreation läßt etwas Neues entstehen. Und neu ist es, weil es zuvor noch nicht existierte. Erst im bohrenden Argumentieren und Diskutieren mit anderen läßt sich dann aber ermitteln, ob das Neue auch etwas Gutes und Sinnvolles ist. Denn der bloße Umstand, dass etwas neu Kreiertes zuvor zwangsläufig noch unbetrachtet gewesen war, bedeutet für sich noch nicht, dass es künftig auch für andere tatsächlich vorteilhaft wäre. Das läßt sich erst in der Erprobung ermitteln. Zunächst in der diskutierten Theorie und dann – vielleicht – in der experimentellen Praxis.

All diese Erkenntnisschritte sind für die Einführung eines neuen Gedankens oder eine ungesehene Erfindung unabdingbar. Sie lassen sich nicht umgehen, will man Katastrophen ernsthaft vermeiden. Im Umkehrschluss gilt sogar: Je weniger die Beteiligten miteinander kommunizieren, desto rückständiger bleibt ihr Denken und desto wahrscheinlicher ist das Risiko für gesellschaftliche Katastrophen. Mit anderen Worten: Ohne freies und offenes Argumentieren gibt es keinen vernünftigen Fortschritt. Oder noch kürzer: Wer nicht fragt, bleibt dumm.



Carlos A. Gebauer

## Zur Person

**Carlos A. Gebauer** ist Rechtsanwalt, zugleich Fachanwalt für Medizinrecht und Publizist. Er ist Mitglied im Vorstand der *Friedrich August von Hayek-Gesellschaft e.V.*, deren Justiziar und Ansprechpartner für Presse und Medien.

# Mit der „Kettensäge“ zum Liberalismus

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit  
Prof. Dr. Philipp Bagus

In der ersten Ausgabe des *hayekforum* liest man eine Rezension von Christian Langer. Er beschäftigte sich mit „Die Ära Milei“ – einem Buch von Prof. Dr. Philipp Bagus, das auch in Deutschland für große Aufmerksamkeit gesorgt hat. Es werden darin die Ideen des argentinischen Präsidenten, seine Argumente und dessen politischer Weg einem breiten Publikum erläutert.

**Ralf M. Ruthardt |** Danke, lieber Prof. Dr. Philipp Bagus, dass Sie sich Zeit für dieses Gespräch nehmen. Sie lehren an einer Universität in Madrid Volkswirtschaftslehre, sind Mitglied der HAYEK-Gesellschaft in Berlin und Ihr Buch „Die Ära Milei“ steht zwischenzeitlich in so manchem Regal – gelesen hoffentlich. (lacht)

Christian Langer spricht in seiner Rezension von einer erfrischenden und sehr empfehlenswerten Lektüre. Das mag ein Appetitmacher für diejenigen sein, die es bisher noch nicht gelesen haben.

Nun, der Blick nach Argentinien kann uns so manchen Impuls für das eigene politische Handeln hier in Deutschland geben. Ein Impuls könnte sein, dass in Deutschland nach Unendlich tendierende Vertrauen bzw. die unangemessenen Erwartungen in die staatliche Institution zu hinterfragen.

**Philipp Bagus |** Die Menschen in Deutschland können sich mehrheitlich einfach nichts anderes vorstellen. Sie sind so gewöhnt an den Staat. Der Staat ist wie eine Droge – und wenn man einmal auf dieser Droge ist, dann ist es unheimlich schwierig, von dieser Droge wegzukommen.

Beispiele gibt es viele: Nehmen wir die öffentlichen Straßen. Die Leute können sich nicht vorstellen, dass Straßen privat hergestellt werden, besser, effizienter und gerechter. Auch das Gesundheitswesen ist fest in staatlicher Hand, wie auch das Bildungswesen. Die Menschen können sich gar nicht mehr

vorstellen, dass es auch ohne Staat gehen würde.

**Ralf M. Ruthardt |** Ich habe eine Hypothese: Vielleicht ist es ein Stück weit das Ergebnis eines gewissen Wohlstands. Man lehnt sich als Bürgerin oder Bürger nach getaner Arbeit zurück und delegiert möglichst viele Aufgaben an die öffentliche Hand. Der Staat soll sich kümmern und wenn es nicht funktioniert, dann war man wenigstens nicht schuld.

Es war – so meine ich – nicht immer so. Ich erinnere mich an meine Kindheit. Wenn im Sommer Gewitterwolken aufgezogen sind, dann sind wir Kids losgeflitzt und haben die Heugabeln geholt. Es galt, dem Nebenerwerbslandwirt in der Nachbarschaft sein Heu zu Schochen aufzustapeln, bevor es nass wird. Mit Heuschochen sind die auf der Wiese zum Trocknen aufgeschichteten Heuhaufen gemeint.

Was ich meine, ist, dass damals keiner sagen musste, was notwendigerweise zu tun ist. Es war eh klar und man hat Erkenntnis in Handlung umgesetzt. Die Eigen- und die Mitverantwortung scheint in unserer Zeit vielen Menschen unbequem geworden zu sein.

**Philipp Bagus |** Ja, ich nenne das Staatskultur. Die Kultur ist maßgeblich durch den Staat und seine Eingriffe in das Leben der Menschen geprägt worden. Die Leute wurden abhängig gemacht vom Staat ...

**Ralf M. Ruthardt |** ... und haben sich abhängig machen lassen.



**Philipp Bagus |** Sie müssen die Steuern bezahlen und bekommt man dann wieder etwas zurück. Von Bismarck wird gesagt, er hätte die staatliche Rente eingeführt, damit die Deutschen loyal zum Deutschen Reich stehen. Er hat durch die staatlichen Sozialversicherungen die Arbeiter vom Staat abhängig gemacht. Er hat ihnen ihre Unabhängigkeit genommen.

## *Der Staat als Droge – bequem, aber es macht abhängig*

Klar, die Arbeiter wollen natürlich, dass der Staat erhalten bleibt, wenn ihre Rente von ihm abhängt. Das ist bis heute so. Die Leute sind völlig abhängig geworden vom Staat. Und unser aktueller Sozialstaat in Deutschland ist ja noch viel größer als zu Bismarcks Zeiten. Man hat sprichwörtlich von der Wiege bis zum Tod mit dem Staat zu tun.

Es ist sehr wichtig zu verstehen, dass mit dem Ausbau der Zuständigkeiten des Staats gleichzeitig die sozialen, horizontalen Verbindungen zurückgegangen sind. Dazu gehören die Familie, die Nachbarschaft – wie Sie das angesprochen haben. Damit nimmt sich der Einzelne mit der Übernahme von Verantwortung ganz selbstverständlich zurück. Infolgedessen sind die Menschen immer egoistischer geworden und haben ihre soziale Mitwirkung reduziert.

**Ralf M. Ruthardt |** Will man nach einer Therapie sucht, bedarf es zunächst einer Diagnose. Und eine Diagnose beinhaltet in der Regel, dass man nach einer Ursache sucht. Ist die Ursache jetzt eher darin zu sehen, dass Menschen, die in Regierungsverantwortung sind oder in Parlamenten sitzen, in den vergangenen zwei, drei Jahrzehnten den Staat präsenter gemacht haben? Wollte man wil-

lentlich eine Abhängigkeit erzeugen, wie Sie es am Beispiel Otto von Bismarcks gezeigt haben? Oder hatte es damit zu tun, dass Leute in Amt und Würde ja irgendwie auch eine Aufgabe brauchen und so das eine zum anderen kommt? Oder liegt es gar an der tendenziellen Bequemlichkeit, die wir einzelnen Bürgerinnen oder Bürger haben?

**Philipp Bagus |** Ja, Sie haben natürlich auch recht, wenn Sie auf den Wohlstand hinweisen. Wenn es den Leuten gut geht, dass sie dann nicht so sehr auf die politische Entwicklung achten. Sie merken die Kosten des Staates natürlich auch nicht, denn sie hatten ein bedeutendes Wirtschaftswachstum. Da waren Produktivitätsfortschritte durch technologische Fortschritte, wie das globale Internet oder neuerdings die Künstliche Intelligenz. Ohne dieses Produktivitätswachstum wären wir Bürger durch das enorme Anwachsen des Staates absolut betrachtet spürbar ärmer geworden. Der Staat hat einen großen Teil des potenziellen Zuwachses an Wohlstand abgesaugt. Es ist wenig oder nichts beim nettosteuerzahlenden Bürger angekommen; nur der Staat ist größer geworden.

Wenn man einen gewissen Wohlstand hat und durch das Anwachsen der Staatsausgaben – zwar nicht ärmer wird, dann ist man jedoch weniger wohlhabend, als man hätte sein können. Daher gab es wenig Widerstand gegen das Wachstum des Staates, denn wir sehen ja nicht, wie viel reicher wir hätten sein können, ohne Staat. Wir können es nur erahnen.

**Ralf M. Ruthardt |** In den vergangenen Jahrzehnten hat der Produktivitätszuwachs dafür gesorgt, dass wir uns als Bürgerinnen und Bürger diesen Staat nicht *willentlich* geleistet haben, sondern es ist irgendwie so gekommen, weil wir einen aufgeblähten Staat durch die Zuwächse an Produktivität und schlussendlich an Steuereinnahmen leisten konnten.

Und jetzt ignorieren wir notwendige Korrekturen und häufen Schuldenberge auf, die uns oder unseren Kindern erwartbar auf die Füße fallen werden.

Ja, viele Menschen haben sich ins Private zurückgezogen und wenden sich von politischen Fragen ab. Jedoch gibt es viele Leute, denen klar ist, dass es nicht ewig so weitergehen kann. Mindestens erkenne ich das in den vielen Gesprächen, die ich führe. Viele Menschen hinterfragen das, was uns Politik und weite Teile der Medien offerieren. Brauchen wir in Deutschland wieder mehr liberale Stimmen, damit wir die Staatsquote massiv und nachhaltig reduziert bekommen?

**Philipp Bagus** | In Deutschland beschleunigt sich die Abwärtsbewegung und ein Grund liegt in den negativen Auswirkungen des Staatswachstums. Gerade die Energiepolitik zeigt ja exemplarisch, dass dieses Agieren rund um wetterabhängige Energiequellen so für Deutschland nicht funktionieren kann. Vielleicht ist jetzt der Punkt erreicht, an dem viele Leute aufwachen und erkennen, dass es in die falsche Richtung läuft.

Da wird natürlich nach neuen Ideen zur Lösung der Herausforderungen gesucht. Wir haben es ja bei Javier Milei in Argentinien erlebt. Die Leute haben sich quasi für einen Revolutionär entschieden und erwarten, dass er das radikal umsetzt, was er an liberalen Ideen im Wahlkampf erklärt hat. Klar, Javier Milei verkauft sich gut und das ist natürlich auch wichtig. Denn die Linken haben den Kampf der Narrative in den vergangenen Jahrzehnten erfolgreich geführt und für sich gewonnen. Wir sehen es ja auch in Deutschland, an den Narrativen, dass die Reichen immer reicher werden auf Kosten der Armen. Oder daran, dass Unternehmer nur wenig Wertschätzung erfahren. Immer klingt bei den Linken durch, dass Gewinne nur auf Kosten der Arbeiterinnen und Arbeiter

möglich seien. Es ist ein marxistisches Narrativ und doch ist es in der Gesellschaft weit verbreitet.

Die Liberalen, das muss man ganz nüchtern konstatieren, sind im Kampf der Ideen in den vergangenen Jahrzehnten nicht erfolgreich gewesen. Die Linken haben es geschafft, die öffentliche Meinung maßgeblich zu bestimmen. Schlussendlich auch durch Instrumente wie eine effektive Kontaktschuld. Mit dieser zwingt man die Leute, die Gegenargumente erst gar nicht vorzutragen, sondern um seine Reputation fürchtend die Narrative widerstandslos hinzunehmen.

**Ralf M. Ruthardt** | Man gestatte mir eine weitere Hypothese. Während die Liberalen womöglich viel Zeit dafür aufbringen, ihre volkswirtschaftlichen Modelle wissenschaftlich zu argumentieren, haben es die Menschen auf der linken Seite mit sozialistischen Tendenzen einfacher. Denn die Umverteilung von bereits erwirtschaftetem Wohlstand ist einfacher, als einer Gesellschaft den Wohlstand als solchen zu bringen.

**Philipp Bagus** | Ja, generell ist – und das hat auch Milei gesagt – der Liberalismus eine Sache von Thinktanks und Stiftungen. Viele davon scheuen sich oder sind zu schüchtern, ihre Ideen in die breite Öffentlichkeit zu tragen. Ja, man muss die Ideen selbstbewusst an die Öffentlichkeit tragen und auch so kommunizieren, dass viele Leute es verstehen können.

Nach dem Fall der Mauer war die Erkenntnis, dass der Kapitalismus effizienter als der Sozialismus ist, da. Man könnte sich daran erinnern, dass es bei der Effizienz letztlich um die Fragen von Armut oder Wohlstand oder von Verhungern oder Überleben geht. In jedem Fall führte der Sozialismus in die absolute Armut. ...



**Ralf M. Ruthardt** | ... aber ist der Kapitalismus nicht ungerecht?

**Philipp Bagus** | Genau das Argument haben die Linken, vor allem nachdem das ökonomische Versagen des Sozialismus nach dem Fall der Mauer offensichtlich war, gebracht. Die Armen würden im Kapitalismus ausgebeutet. Er wäre nicht sozial gerecht. Das ist völlig falsch. Vielmehr ist der Kapitalismus nicht nur das einzig wirksame System, um möglichst vielen Menschen Wohlstand zu ermöglichen. Der Kapitalismus ist auch das einzig gerechte System, da er auf freiwilliger Kooperation beruht. Der Sozialismus hingegen basiert auf Neid, Missgunst und Ressentiments. Mit Gewalt von den einen nehmen und den anderen geben, ist eben nicht gerecht. Vielmehr ist es total ungerecht. Milei hat es verstanden, dieses Argument und diese Erfahrungen zu verkaufen. Die Liberalen sollten mehr hinsichtlich der Moral und Ethik argumentieren, weil jedes System natürlich auch eine moralische Rechtfertigung benötigt.

Die Marktwirtschaft braucht das ebenfalls, und die Linken haben ihre moralische Rechtfertigung systematisch über Jahrzehnte unters Volk gebracht und dadurch kam es zu

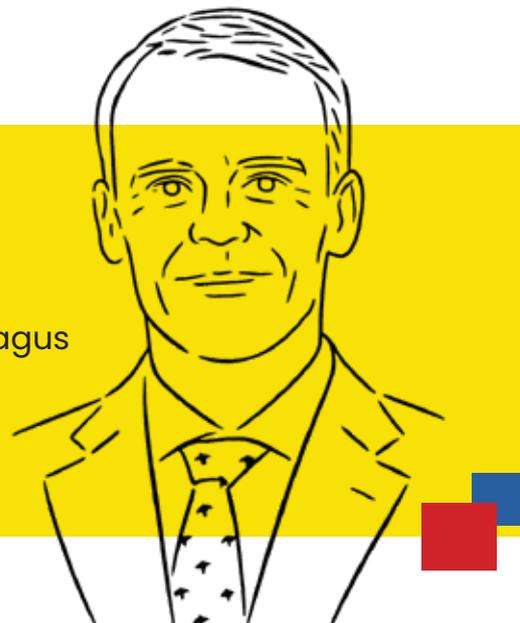
diesen langfristigen Tendenzen hin zu mehr Staat.

**Ralf M. Ruthardt** | Wenn man in die eine oder andere Publikation des Ökonomen Friedrich August von Hayek reinschaut, dann findet man sehr wohl solche Sätze, die eine moralische Rechtfertigung definieren. Da ist dann von Bescheidenheit die Rede und man findet das Wort Demut und so weiter und so fort. Also, es scheint im Liberalismus durchaus einen moralischen Unterbau zu geben, der womöglich in der Kommunikation in die Allgemeinheit völlig untergeht. Vielleicht auch deshalb, weil es – wie in jedem System – das ein oder andere negative Vorbild gab.

Und noch eine Hypothese: Während der Kapitalismus im Allgemeinen für mehr Wohlstand sorgt, wird die Sozialdemokratie ab und an gebraucht, um überbordende wirtschaftliche Ungerechtigkeiten auszugleichen. Ich denke da an Berlin 1864, wo die Arbeiterfamilien zum dritten Mal ihre Kartoffelschalen auskochen mussten, weil nichts zum Essen da gewesen ist.

Während die Sozialdemokratie um Ausgleich im Miteinander bemüht ist, führt der Sozialismus eine Gesellschaft in ein destruktives

Prof. Dr. Philipp Bagus



Moment – und legt das Gemeinwesen in Schutt und Asche. Dann braucht es wieder den Kapitalismus, um eine Gesellschaft zu Wohlstand zu bringen. Nun, das ist ein wenig infantil beschrieben.

**Philipp Bagus |** Da möchte ich Ihnen widersprechen! – Das Normale in der Menschheitsgeschichte war Armut. Bittere Armut. Hungersnöte waren vor mehr als 200 Jahren an der Tagesordnung. Was hat die Menschen aus der Massenarmut geführt? Das war der Kapitalismus. Es waren die Ideen der Freiheit. Die haben zur industriellen Revolution geführt und dafür gesorgt, dass Menschen dann die Kartoffelschalen nicht mehrmals aufkochen mussten.

Fakt ist, dass die Reallöhne im 19. Jahrhundert kontinuierlich gestiegen sind und dazu geführt haben, dass die Kindersterblichkeit enorm gesunken ist. Schauen Sie sich die Entwicklung der Weltbevölkerung seit Beginn der industriellen Revolution an.

Ja, die Sozialisten erzählen natürlich, dass die Gewerkschaften dafür gekämpft haben, dass die Auswüchse korrigiert wurden. Nein, die Kinder haben im Mittelalter immer auf dem Hof gearbeitet. Die haben auch Tag und Nacht, oder die haben jeden Wochentag auf dem Land gearbeitet. Sie sind dann freiwillig in die Städte gezogen, weil sie da ein geregelteres Einkommen hatten, wo nicht ihr Einkommen vom Wetter abhing. Die Realeinkommen sind zwar anfangs auf einem sehr niedrigen Niveau gewesen. Da wird man immer Episoden von großer Armut finden, wie die von Ihnen angesprochenen Verhältnisse in den Arbeiterfamilien von 1864. Aber auf lange Sicht ist der Wohlstand natürlich enorm angestiegen. Denken wir an die Annehmlichkeiten von Heizung, Hygiene und medizinischer Versorgung. Von 1800 bis heute – das ist doch eine enorme, positive Entwicklung. Es ist ein historischer Irrtum zu

glauben, wir bräuchten die Sozialdemokratie, um irgendwelche Auswüchse zu bekämpfen.

**Ralf M. Ruthardt |** Bedeutet, dass der Kapitalismus nicht die Sozialdemokratie oder den Sozialismus und auch kein anderes konkurrierendes Gesellschaftsmodell benötigt. Er ist in sich selbst wirksam. Habe ich Sie so richtig verstanden?

**Philipp Bagus |** Ja, der Kapitalismus ist eine Marktwirtschaft, in der auch gespart wird. Dadurch wird Kapital akkumuliert. Diejenigen, die nicht ihr ganzes Einkommen konsumieren, sind nicht nur die Reichen, sondern das sind eben auch Leute aus der Mittelschicht und Unterschicht. Diese „Kapitalisten“ sparen und dadurch kommt es zur Kapitalakkumulation. Diese führt dazu, dass die Produktivität steigt, was dazu führt, dass die Reallöhne steigen. Ja, also jeder, dem die Interessen der Arbeiter am Herzen liegen, der muss konsequenterweise Kapitalist sein.

**Ralf M. Ruthardt |** Können Sie bitte auf die Kapitalakkumulation nochmals eingehen?

**Philipp Bagus |** Durch die Kapitalakkumulation wird die Arbeit produktiver. Wenn wir zum Beispiel an einen indischen Landwirt in sehr ländlichen Gebieten denken: Da zieht womöglich ein Ochse den Pflug. Durch Sparen und Kapitalakkumulation, also die Ansammlung von Kapital, kann ein Traktor zum Einsatz gebracht werden. Der fährt dann GPS-gesteuert und zieht dabei einen Pflug mit heutzutage bis zu 20 Pflugscharen. Es ist erkennbar, dass dadurch die Produktivität steigt und damit das Einkommen.

**Ralf M. Ruthardt |** Womöglich ist der Begriff „Kapitalist“ in weiten Teilen unserer Gesellschaft durch permanentes Framing so negativ besetzt, dass die eigentliche Bedeutung kaum mehr präsent ist.



**Philipp Bagus |** Es kommt – um beim Beispiel zu bleiben – ja noch dazu, dass der Landwirt nicht mal selbst das Kapital ansparen muss. Sein Reallohn steigt auch dann, wenn Fremdkapital zum Einsatz kommt.

**Ralf M. Ruthardt |** Okay, hier sprechen wir vom Leverage-Effekt; also die Produktivität und damit einhergehend die Chance auf Gewinn ist höher, als der Zins, der für das fremde Kapital aufzubringen ist. Das hört sich nach Günter Wöhles „Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre“ an – jetzt in der 28. Auflage erhältlich. (lacht)

Halten wir fest: Das Einkommen des besagten Landwirts wird steigen, wenn er produktiver seine Arbeit verrichten kann.

Bitte lassen Sie uns, lieber Herr Bagus, einen Gedankensprung machen und über die Lehren eines Friedrich August von Hayek und anderer aus der Österreichischen Schule sprechen.

**Philipp Bagus |** Hayek hat ein schönes Büchlein verfasst: „Capitalism and the Historians“. Da spricht er über die industrielle Revolution und wie die Arbeiter immer wohlhabender wurden. Es geht um das, was ich soeben ausgeführt habe. Hayek ist jemand, der gut erklärt, wie der dynamische Marktprozess funktioniert. Es geht darum, wie kapitalistische Marktwirtschaft funktioniert und warum gegenteilige Modelle nicht funktionieren können.

Im dynamischen Marktprozess versuchen immer Unternehmer, Gewinnmöglichkeiten zu entdecken, um die Bedürfnisse ihrer Mitmenschen besser zu befriedigen als ihre Wettbewerber. Sprich: bessere Güter oder Dienstleistungen zu günstigeren Preisen.

Sie orientieren sich an Informationen über

die Bedürfnisse ihrer Mitmenschen. Wenn die Unternehmer richtig liegen, haben sie Gewinn. Und wenn sie falsch liegen, schreiben sie Verluste. Im Sozialismus, also in der Planwirtschaft, entscheidet der „Staat“ für die gesamte Wirtschaft oder für Teilbereiche wie die Energie, die Bildung oder das Gesundheitswesen, was wie produziert wird.

**Ralf M. Ruthardt |** Es ist unschwer erkennbar, dass das nicht funktionieren kann. Es ist kaum bewältigbar, die von Ihnen genannten Informationen über die Bedürfnisse zu sammeln und zu verarbeiten. Zudem fehlen die wettbewerblichen Alternativen, von denen sich welche durchsetzen und andere eben nicht. Außerdem spielt der Faktor Ressourceneinsatz und Zeit eine Rolle: Sprich, ein freier Markt ist weitgehend agil, also reaktionsschnell.

**Philipp Bagus |** Genau. Das erforderliche Wissen kommt erst im Marktprozess zustande, und das ist eben, was Hayek gezeigt hat, die Bedeutung dieses unternehmerischen Wissens. Der Sozialismus scheitert alleine schon wegen eines Wissensproblems. Er kann nicht wissen, was in welcher Quantität und Qualität hergestellt werden soll.

**Ralf M. Ruthardt |** Wir erinnern uns an die vergangene Regierung, die sogenannte Ampelkoalition. Lassen Sie uns für einen Moment auf die Energiewende fokussieren. Kann man davon sprechen, dass es im Grunde genommen sozialistische Methoden waren, mit denen die Bundesregierung hier zugange gewesen ist?

**Philipp Bagus |** Auf jeden Fall. Das ist Planwirtschaft. Hayek hat von verhängnisvoller Anmaßung gesprochen. Hier ist es die Anmaßung von Wissen, welches die besten Energiequellen sind, wann geeignete Speicherkapazitäten verfügbar sind ...

**Ralf M. Ruthardt** | ... und ging so weit, dass Unternehmen gefälligst nur produzieren sollten, wenn der Wind weht oder die Sonne scheint. Zugleich haben sich die regierenden, also staatlichen Akteure, für eine Arbeitswoche mit vier Tagen ausgesprochen und alle möglichen Regularien im Kopf gehabt, bei denen die Verfügbarkeit von Energie überhaupt nicht zu den arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen eines produzierenden Unternehmens passt. Infantil. Geradezu seltsam, also nicht begreiflich.

**Philipp Bagus** | Eine der Antworten bei der Energiewende hätte – ganz im Sinne Hayeks – die Technologieoffenheit sein müssen. Am Markt muss ergebnisoffen herausgefunden werden, welche Technologien wie zum Einsatz gebracht werden können. Und man sieht es ja: Die deutsche Energiepolitik ist ein Alleingang! Die Regierung lag völlig falsch. Während andere Länder auf die Atomkraft setzen, ist in Deutschland keine Antwort zur Netzstabilität und Versorgungssicherheit gegeben. Vom hohen Strompreis mal ganz abgesehen.

*Weniger Staat  
braucht Mut –  
und manchmal  
eben auch eine  
Kettensäge*

Welche Risiken mit einer staatlich verordneten Energiewende einhergehen, hatten wir vor einiger Zeit in Spanien erlebt: ein Blackout mit allen Konsequenzen. Wirtschaftlicher Schaden. Und Menschen sind dabei leider auch zu Schaden gekommen. Dieses staatliche Lenken ist natürlich purer Sozialismus.

**Ralf M. Ruthardt** | Wir greifen zum Schluss

dieses Beispiel auf: Der Blackout in Spanien und Portugal. Ich habe in der deutschen Medienlandschaft, insbesondere bei den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten (ÖRR), recherchiert. Ich bin für mich zum Ergebnis gekommen, dass insbesondere der ÖRR – ganz dem Vorurteil, Mainstream zu sein – den Blackout mit einer unangemessenen Leichtigkeit kommuniziert hat. Es hat in manchen Beiträgen geradezu nach einem Event ausgesehen. Da haben Journalistinnen und Journalisten mit einem Lächeln auf den Lippen darüber gesprochen, wie sich die Menschen behelfen und dass es da und dort zu fröhlich-scurrilen Szenen gekommen sei. Es wurde berichtet, dass ein Dorf in Spanien den Stromausfall nicht spürte; was im Kontext von Millionen Betroffener irgendwie irritierend anmutete.

Mein Eindruck war, dass besagte Mainstream-Medien eher wenig über die Ursachen und Auswirkungen gesprochen haben. Dass beispielsweise allein an den Schlachthöfen Tausende von Tonnen Fleisch kaputtgegangen sind, weil die Kühlanlagen ausgefallen sind und der Schaden bei 180 Millionen Euro lag, konnte ich der Auslandspresse, der Fachpresse oder sogenannten alternativen Medien in Deutschland entnehmen.

Mir scheint, als ob komplexe oder komplizierte Zusammenhänge in sozialistischen Gesellschaftssystemen wenig zur Sprache gebracht werden. Man konzentriert sich auf einfache Botschaften und wendet ein seinen politischen Interessen entsprechendes Framing an. Ganz nach dem Motto, den Leuten so lange Sand in die Augen streuen – bis überraschte und entsetzte Bürgerinnen und Bürger sich die Augen reiben.

**Philipp Bagus** | Der Blackout hat hohe wirtschaftliche Kosten mit sich gebracht und es hat Tote gegeben. Die Ampeln sind ausgefallen. Infolgedessen gab es Verkehrsstaus



und Menschen konnten nicht rechtzeitig ins Krankenhaus gebracht werden.

Ja, Sie haben da einen Punkt getroffen. Ich glaube auch, dass die liberalen Ideen in der Kommunikation besser verpackt werden müssen. Das ist eine große Kunst, weil es steht ja was Komplexes dahinter.

Nehmen wir Javier Milei. Er hat diese Fähigkeit, sehr komplexe Ideen allgemein verständlich rüberzubringen, ohne sie so zu vereinfachen, dass sie nicht mehr der Wahrheit entsprechen würden. Das ist natürlich sehr wichtig, dass man da nicht aufgrund der Vereinfachung etwas unter den Tisch fallen lässt.

Mit Milei sollte man daher sagen: Weniger Staat und mehr Freiheit bedeutet mehr Wachstum. Oder, dass der Staat das Problem ist. Das ist natürlich eine sehr komprimierte Form der Theorie.

**Ralf M. Ruthardt** | Dann könnten wir doch zum Schluss sagen, dass wir in Deutschland und darüber hinaus eine liberale Renaissance benötigen. Wenn wir diese als Gesellschaft wollen, dann bekommen wir diese auch hin. Wir verfügen über positive Beispiele: Nehmen wir die Abschaffung des Postministeriums Anfang 1995. Heute haben wir eine erfolgreiche Deutsche Telekom AG im Bereich Telekommunikation und bei Paket- und Brieflogistik sehen wir die Erfolge einer DHL. Zum Zeitpunkt der Transformation war es jedoch eine Kraftanstrengung. Da mussten Zehntausende Menschen bei vollen Bezügen zu Hause bleiben – weil es eben neuer Prozesse und Strukturen bedurfte. Nein, auf die Deutsche Bahn gehe ich an dieser Stelle nicht ein – diese scheint mir eher ein „sozialistisches“ Unternehmen zu sein, welches nicht wirklich „am Markt“ frei agiert bzw. frei agieren darf.

**Philipp Bagus** | Ja, die Transformation einer

Staatsgesellschaft in eine freie Gesellschaft ist natürlich ein interessanter Prozess. In Deutschland könnten viele Behörden ganz einfach aufgelöst werden, wie in Argentinien, wo über 200 Behörden aufgelöst wurden. Bei vielen würde man nicht merken, dass es sie nicht mehr gibt.

Um mit Milei zu sprechen, da muss man mit der Kettensäge ran. Und wenn man zu viel wegschneidet, dann merkt man es und korrigiert es.

**Ralf M. Ruthardt** | Wir nehmen die „Kettensägen“ als Schlusswort und lassen das genauso stehen. Herzlichen Dank für das Gespräch.



**Hinweis:** Im LinkedIn-Newsletter von Ralf M. Ruthardt vom 29. September 2025 erschienen und zudem anschließende Veröffentlichung in der Ausgabe 2025-04 im Magazin **MIT-MENSCHENREDEN**. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung zur Zweitveröffentlichung. | [www.mitmenschenreden.de](http://www.mitmenschenreden.de)

# Hayeks

# Gesammelte Schriften

Die Gesammelten Schriften von Friedrich August von Hayek in deutscher Sprache sind im *Verlag Mohr Siebeck* erschienen und können dort als Einzelbände und als Gesamtausgabe erworben werden.

Mehr Informationen:

<https://hayek.de/gesammelte-schriften-hayeks/>

**[www.hayek.de](http://www.hayek.de)**

# Wer regiert Deutschland – das Volk oder die Richter?

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit  
Dr. Ulrich Vosgerau

Der Staatsrechtler Dr. Ulrich Vosgerau analysiert im Gespräch mit Ralf M. Ruthardt, wie sich die parlamentarische Demokratie zur gelenkten Postdemokratie gewandelt hat – und warum Verfassung letztlich weniger Text als Mentalität ist. Ein Gespräch über Eliten, Bürgerpflichten und den wechselseitigen Einfluss des Bundestags und des Bundesverfassungsgerichts.

**Ralf M. Ruthardt |** Mitte Juli 2025 geht es in Politik und Medien maßgeblich um die Juristin Brosius-Gersdorf. Einmal mehr zeigt sich, dass wir in Deutschland eine Polarisierung haben. Noch mehr, die lautstarke politische Auseinandersetzung hat jetzt auch das Bundesverfassungsgericht ereilt – mindestens, was die Neubesetzungen anbelangt. Ein guter Grund, um mit dem Staatsrechtler Dr. Ulrich Vosgerau zu sprechen.

In der Vorbereitung zu unserem Gespräch, lieber Herr Vosgerau, sind Begriffe wie „Volkssouveränität“, „Richterstaat“ oder „unabhängige Justiz“ auf meinem Interviewleitfaden gelandet. Dabei fühle ich mich keineswegs routiniert, sondern als Bürger bin ich ob der Ereignisse im Juli 2025 eher aufgewühlt. Ich stelle mir die Frage, wohin das aktuelle Agieren maßgebender politischer Parteien führen soll, was die Besetzung des Bundesverfassungsgerichts anbelangt?

Nun, lassen Sie mich bitte drei Stichpunkte anführen. Das Grundgesetz spricht davon, dass das Volk der Träger der Staatsgewalt ist. Das hört und fühlt sich bedeutsam an. Zugleich kann man erkennen, dass politische Entscheidungen seit Jahren an Gerichte geradezu ausgelagert werden, als ob es kein Parlament gäbe. Und im Bundestag selbst scheinen kaum eine Handvoll Menschen dafür ausschlaggebend zu sein, was auf der Agenda steht und wie darüber befunden wird. Die Hunderte von Abgeordneten erscheinen mir in meiner subjektiven Wahrnehmung fast schon wie Attrappen – also Mandatstragende mit einer sehr, sehr überschaubaren Wirksamkeit. Die Medien als

vierte Gewalt lasse ich an dieser Stelle außen vor, sonst überfordert mich mein Gedankengang. (lacht)

**Ulrich Vosgerau |** Das ist ein weites Feld. – Ich versuche, Ihre Stichworte in eine Struktur zu bringen. Die Urteile ergehen im Namen des Volkes. Das soll zeigen, dass das Volk der Träger der Staatsgewalt ist. Das ist die nicht nur dem Grundgesetz zugrundeliegende Vorstellung, die sich spätestens seit 1918 im Völkerrecht durchgesetzt hat.

Ursprünglich hat man sich den Fürsten als Souverän vorgestellt. Im aufgeklärten Absolutismus wurde das dann auf den Staat als Abstraktum übertragen. Der Gedanke der Volkssouveränität wurde erstmals 1815 auf dem Wiener Kongress, der vom 18. September 1814 bis zum 9. Juni 1815 stattfand, von Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord als Rechtsargument vorgetragen. Es ging damals darum, nach der Niederlage Napoleons Bonapartes in den Koalitionskriegen Europa territorial neu zu ordnen. Talleyrand wollte damit die Vorstellung stützen, dass Frankreich auch in Reaktion auf frühere Eroberungskriege territorial nicht verstümmelt werden dürfe. Denn der Staat gehöre weder nach Art von zivilrechtlichem Eigentum einem Fürsten, noch abstrahierend-zirkelschlüssig irgendwie sich selbst, sondern dem französischen Volk, das aber mit dem Staat nicht identisch ist. Deswegen kann es auch nicht kollektiv für die gegenüber anderen Völkern oft rücksichtslosen Taten Napoleons haftbar gemacht werden. Wenn heute Gerichtsurteile „im Namen des Volkes“ ergehen, wie früher nicht selten „im Namen des



Königs“, bringt das genau den Wechsel des Trägers der Souveränität zum Ausdruck. Und die Wendung bedeutet auch nicht, dass das „Volk“, wer immer das dann sein mag, diese Urteile verstehen oder billigen muss. In früheren Zeiten haben die Könige, in deren Namen Urteile ergingen, diese ja auch nicht gekannt und hätten sie oft auch nicht verstanden; sie hatten eben andere Aufgaben im Rahmen organisierter Staatlichkeit.

Demokratie bedeutet dem Wortlaut nach ja Volksherrschaft. Das Volk kann aber mangels Organisiertheit ja als solches nicht „herrschen“. Dem Selbstbestimmungsrecht ist aber Genüge getan, wenn die Verfassungsgebung in einem Staat sich als Ausdruck des formellen Selbstbestimmungsrechts eines Volkes plausibilisieren kann. Bei dieser Plausibilisierung kommt es weniger auf bestimmte Formalien des Gründungsaktes der Verfassungsgebung an – denn diese kann man nicht verallgemeinerbar im Voraus und auch für andere Völker irgendwie festlegen, und es muss auch nicht jede Verfassung geschrieben oder an einem bestimmten Tag ausgerufen worden sein, denn sie kann ja auch historisch allmählich erwachsen –, sondern eher auf das gelebte, kollektive Einverständnis mit der Verfassung, also das, was Ernest Renan das „plébiscite de tous les jours“ genannt hat. Artikel 146 des Grundgesetzes, insofern ein nationales Alleinstellungsmerkmal, bringt meines Erachtens diesen Gedanken hervorragend zum Ausdruck. Aber wie dem auch sei: Jede Verfassung enthält dann jeweils bestimmte Möglichkeiten der Mitwirkung des Volkes an der Gesetzgebung und Staatsleitung – mittelbar oder unmittelbar. Den Inbegriff dieser Teilhaberegeln könnte man dann als Demokratie im formellen oder rechtspositivistischen Sinne bezeichnen. Aber in diesem formellen oder positivistischen Demokratiebegriff erschöpft sich auch juristisch die „Demokratie“ nicht, vielmehr sind das völ-

kerrechtliche Selbstbestimmungsrecht der Völker und der staatsrechtliche Gedanke „Volkssouveränität“ eng verwandt und teilweise, eigentlich weithin, identisch. Da wird gewissermaßen dieselbe Sache einmal aus der Außen- und einmal aus der Innenperspektive benannt.

**Ralf M. Ruthardt |** Die Verfassung – oder eben unser Grundgesetz in Deutschland – regelt die Volksherrschaft. Was ist, wenn jedoch Bürgerinnen und Bürger zu einem Großteil nur bedingt ihre Einflussnahme ausüben oder das Einhalten der Verfassung einfordern? Es drängt sich mir ein Gedanke auf: Als Bürgerinnen und Bürger können wir unser Wahlrecht wahrnehmen. Wir haben zudem Möglichkeiten, uns wählen zu lassen. Vielleicht haben „wir“ – verleitet durch den zunehmenden Wohlstand der vergangenen Jahrzehnte – es uns bequem gemacht oder unsere Mühe um Produktivität hat viel Zeit und Kraft gefordert. Als Konsequenz aus fleißigem Arbeiten, ehrenamtlichem Engagement oder einer aufgekommenen Bequemlichkeit haben „wir“ unsere Mitgestaltungsmöglichkeit vernachlässigt.

Erstens: Wie sehr sind „wir“ in Parteien engagiert? Womöglich muss man sich nicht über die eingeschränkten Qualifikationen beklagen, welche sich personifiziert in den Parlamenten wiederfinden.

Zweitens: Die Qualität oder mangelnde Qualität des sogenannten Mainstream-Journalismus mag auch daran liegen, dass uns Informationen über Politik und Gesellschaft nicht mehr viel wert sind. Früher hatten die Haushalte ein Zeitungsabonnement und dafür monatlich einen nennenswerten Betrag bezahlt. Und heutzutage? Man gibt in weiten Teilen der Gesellschaft erkennbar wenig für eine professionelle, möglichst objektive Berichterstattung aus.

Drittens: Wie viele Bürgerinnen und Bürger, die beispielsweise als Nettosteuerzahlende die finanziellen Möglichkeiten in unserem Staat schaffen, versammeln sich regelmäßig zwecks politischer Meinungsäußerung auf dem Stuttgarter Schlossplatz oder sonst wo? – Ist im Winter das Skifahren oder jetzt im Sommer ein schöner, erholsamer Tag bei herrlichem Wetter am Badesee wichtiger?

**Ulrich Vosgerau** | Das kann man sicherlich so sagen. Aber es liegt ein Stückchen in der Natur des menschlichen Zusammenlebens und der menschlichen Gesellschaft.

Die ganze moderne Gesellschaft beruht ja bekanntlich auf dem Prinzip der Arbeitsteilung. Es sind offenbar nur die Kommunisten und die Anarchisten, die immer ihr Problem mit dem Prinzip Arbeitsteilung gehabt haben. Unsere Erfahrung zeigt doch, dass die Arbeitsteilung im Großen und Ganzen eine vernünftige Erfindung ist. Sie macht das Leben leichter und den Wohlstand größer. Natürlich wird das Prinzip Arbeitsteilung auch auf Politik und Kommunikation übertragen. Also wir lassen uns dann eben regieren. Solange das halbwegs funktioniert, sparen wir dadurch Zeit.

Wir lassen uns auch medial irgendwie versorgen. Nun kommt in Deutschland hinzu, dass wir dieses eigenartige System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) haben. Der ÖRR genießt ein besonderes Vertrauen. Viele Bürgerinnen und Bürger sagen heute noch, dass sie sich gar nicht so groß Gedanken machen müssen, was für ein Medium sie eigentlich lesen, hören oder anschauen. „Ich gucke abends Tagesschau und dann bin ich ganz bestimmt objektiv und ausgewogen informiert.“ Das stimmt natürlich überhaupt nicht. Die meisten Bürger wissen gar nicht, dass 90 % von dem, was abends in der „Tagesschau“ gesagt wird, zumal bei juristischer Betrachtung gar keine „Tatsachen“ sind, sondern

Einordnungen und juristisches Framing der politisch linken Tagesschau-Redaktion, juristisch gesehen also Meinungen.

Die bereits erwähnte „Arbeitsteilung“ im Hinblick auf die Politik – Politik wird von spezialisierten Berufspolitikern gemacht – hat in Deutschland zu einem ausgeprägten „Parteienstaat“ geführt. In diesem Zusammenhang ist an den Göttinger Staatsrechtslehrer und langjährigen Bundesverfassungsrichter Gerhard Leibholz zu erinnern. Nach seiner bis heute enorm wirkmächtigen Lehre kann es in der modernen Gesellschaft, jedenfalls in großen Flächenstaaten wie Deutschland, keine direkte Demokratie geben; dieses „Partizipationsdefizit“ werde aber durch die politischen Parteien ausgeglichen, in denen der Bürger sich eben vor Ort engagieren und durch die er auch der „großen Politik“ wirksame Impulse geben könne.

**Ralf M. Ruthardt** | Man könnte auf die Schweiz und deren Tradition und Erfolgsgeschichte verweisen, was die direkte Demokratie angeht. Gleichwohl fällt natürlich auf, dass wir in Deutschland über rund 60 Millionen wahlberechtigte Menschen sprechen und die Schweizer nur über rund 6 Millionen.

**Ulrich Vosgerau** | Ja genau, da hat dann Baden-Württemberg mit etwa 7,6 Millionen wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern bereits mehr Menschen als die Schweiz, die man zur Wahlurne bitten würde. Wie will man für ein beispielsweise bundesweit zur Entscheidung anstehendes, konkretes Vorhaben ein Quorum von 50 % der Wahlbevölkerung erreichen? Man müsste die vorgeschriebene Wahlbeteiligung deutlich niedriger ansetzen. Daraus resultiert die Frage, wie niedrig die Wahlbeteiligung denn sein darf, damit nicht die Demokratie dadurch endet und dass man sich in die Hände von Aktivisten begibt.

**Ralf M. Ruthardt** | Direkte Demokratie könnte



Kampagnen von Aktivisten oder NGOs zum Opfer fallen. Irgendwie kann ich mich als gemeiner Bürger heute schon diesem Eindruck nicht gänzlich erwehren.

**Ulrich Vosgerau** | Wir reden hier über eine der Lieblingsvorstellungen der radikalen Linken. Die radikale Linke hat den Anspruch, für sich genommen sehr demokratisch zu sein. In Wahrheit geht sie davon aus, dass die „trägen“ Erwerbsbürger sich sowieso nicht sonderlich für Politik interessieren. Die sollen sich raushalten und linke Aktivisten sollen die Welt bestimmen. Das beschreibt das Problem mit dem Quorum, was eine direkte Demokratie in einem bevölkerungsreichen Land anbelangt.

Zurück zu Gerhard Leibholz. Er argumentierte, dass das Engagement der Bürger in politischen Parteien dies kompensieren könnte. In diesem Sinn sind die Parteien eher als das Bindeglied zwischen Volk und letztlich dem gesetzgebenden Parlament und der Regierung zu sehen. Machen wir es konkret: Wenn alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger, die sich über die Grenzöffnung von Angela Merkel aufgeregt haben, in die CDU eingetreten wären und dort dann ihre mitgliedschaftlichen Rechte geltend gemacht

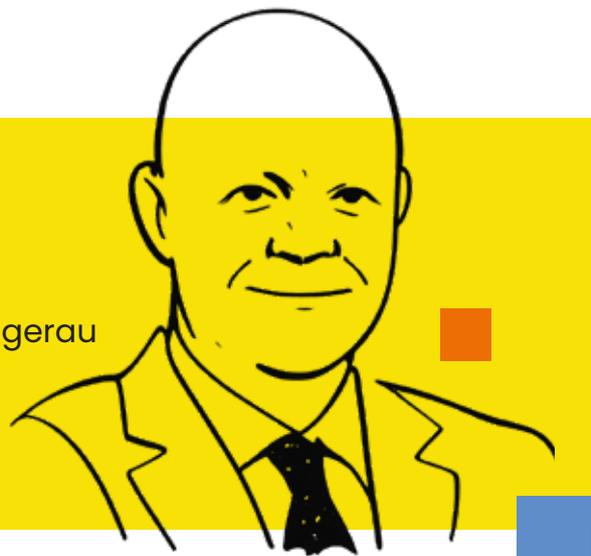
hätten, wären Entscheidungen der regierenden CDU völlig anders getroffen worden.

**Ralf M. Ruthardt** | Einmal mehr ist das Wasser auf die Mühlen meiner volatilen Überlegungen: Zu sehr schauen wir auf die in der Politik agierenden Personen und beschweren uns als Bürgerinnen und Bürger über deren Handeln. Gleichwohl oftmals gut begründet. Allerdings würde der morgendliche Blick in den Spiegel womöglich jemanden zu erkennen geben, der sich sehr wohl politisch wenig einbringt. Die Frage stellt sich, was man selbst beigetragen hat?

Danke für den Perspektivwechsel, Herr Vosgerau, was die direkte Demokratie und deren Komplexität anbelangt. Brauchen wir für unsere parlamentarische Demokratie eine Wiederbelebung, also eine Renaissance? Besteht diese darin, dass wir Bürgerinnen und Bürger uns mehr einbringen? Sollten wir unsere freie Zeit vermehrt dem politischen Engagement widmen?

Eine meiner Hypothesen ist, dass sich in der Theorie vieles sehr plausibel anhört und in der Anfangszeit einer Entwicklung auch funktioniert. Auf der Zeitachse wird so manches dann womöglich durch menschliches

Dr. Ulrich Vosgerau



Verhalten eher destruktiv. Bedeutet parlamentarische Demokratie auf der Zeitachse, dass nach Jahrzehnten es nur noch sehr wenige Leute sind, die Ansagen machen? Gibt es zu viele Menschen in den Parlamenten, die primär ihr Mandat behalten und im Falle eines ungewollten Ausscheidens von der Partei beruflich versorgt werden wollen? Haben wir Abhängigkeiten zu würdigen, die diesen reinen Gedanken einer parlamentarischen Demokratie wieder ad absurdum führen? Und wie ist das am Ende mit Richtern? Irgendjemand bringt diese ja auch auf die Richterbank und es ist nicht der Zufall. Sorgt Wohlstand mit der Zeit dafür, dass segensreiche, erfolgreiche und funktionierende Einrichtungen dysfunktional werden?

**Ulrich Vosgerau** | Ja, das ist in der Tat schon vielfach beobachtet worden. Erstens, dass zum Beispiel Parlamentarier sich in der Sache nicht als Parlamentarier und als Gesetzgeber sehen, die nur ihrem Gewissen verpflichtet, gleichzeitig Vertreter des ganzen Volkes sind, wie es im Grundgesetz steht. Sondern die Bundestagsabgeordneten verstehen sich quasi als mittlere Angestellte einer politischen Partei und haben zumeist das Ziel, zu leitenden Angestellten aufzurücken. Das heißt, man will eines Tages Minister oder wenigstens Parlamentarischer Staatssekretär werden.

Wir sahen im Juli 2025, dass die Unionsfraktion bei der Wahl der in der Diskussion stehenden beiden Bundesverfassungsrichterinnen in Schwierigkeiten steckt. Die SPD-Fraktion, mit der sie in einer Koalition sich befindet, wollte sie geradezu zwingen, zwei Linksaktivistinnen als Verfassungsrichterinnen zu wählen. Die Leute in der Unionsfraktion sehen sich massivem Widerspruch von ihrer Basis ausgesetzt. Die Unionsabgeordneten möchten nach Möglichkeit diesem Druck entgehen. Deswegen wird jetzt über Verfahren nachgedacht, die die derzeitige

Situation nicht hätten entstehen lassen. In der Unionsfraktion wird oder wurde deshalb allen Ernstes erwogen, die Richterwahl wieder in die Hände eines kleinen Gremiums zu legen.<sup>1</sup> Sprich, man versucht, dieser Verantwortung zu entgehen. Man will nichts damit zu tun haben und könnte dann der Wählerbasis sagen, dass man keinen Einfluss darauf hatte. Das ist in der Tat ein mentalitätsmäßiges Problem in der Politik.

Idealisten träumen davon, dass selbst auf Bundesebene ein „Feierabendparlament“ die Arbeit verrichten könnte. Nehmen wir die Freie und Hansestadt Hamburg: Die wird – wenigstens auf dem Papier – von einem „Feierabendparlament“ regiert; aber das ist es natürlich in Wirklichkeit schon lange nicht mehr. Das ist nur eine Tradition.

Andererseits wissen wir, dass Max Weber schon am Ende des Ersten Weltkriegs die Hände über dem Kopf darüber zusammengeschlagen hat, dass es in Deutschland – im Gegensatz zu Großbritannien – keine leistungsfähige politische Klasse von Berufsparlamentariern gab. Politiker müssen wohl Berufspolitiker sein und dann bilden sich eben bestimmte Mentalitäten aus, die Abgeordneten sind verfassungsrechtlich Vertreter des gesamten Volkes, aber eben nicht mentalitätsmäßig.

**Ralf M. Ruthardt** | Sie haben, lieber Herr Vosgerau, tiefe Einblicke in den politischen Betrieb und Sie kennen sich intensiv im Staatsrecht aus. Sind viele Bürgerinnen und Bürger in unserer Außensicht oftmals mit infantilen Fragen und Sichten unterwegs? Ich schließe mich in diese Frage mit ein.

**Ulrich Vosgerau** | Ein Stückweit ist das mit „ja“ zu beantworten. Es geht um die immer gleiche Frage, wie ein Gemeinwesen organisiert sein muss, damit es vernünftig funktioniert.



Ich werde sehr häufig gefragt, ob ich nicht mal eine Musterverfassung entwerfen könne. Da steckt der Wunsch dahinter, dass eine neue, irgendwie verbesserte und reformierte Verfassung für Deutschland dann endlich „alles in Ordnung“ bringt. In der Tat haben schon Kollegen Versuche in diese Richtung unternommen und entsprechende Entwürfe vorgelegt. Ich halte das in der Tat für eher naiv. Ein wesentliches Ergebnis meiner jahrelangen wissenschaftlichen Befassung mit dem Recht ist, Grund ist, dass die „Verfassung“ eine Mentalität ist und nicht primär ein Text. Großbritannien galt spätestens seit dem frühen 19. Jahrhundert nicht nur als ein Verfassungsstaat, sondern geradezu als der mustergültige Verfassungsstaat weltweit. Als der Staat, in dem der Grundgedanke „Der Staat ist um des Menschen willen da“ bzw. der Grundsatz, dass eine Politik, die die individuelle Freiheit nicht respektiert, auch durch Notstandsnarrative oder Werte-Erzählungen nicht richtig wird, besonders zuverlässig verankert sind. Aber in Großbritannien gibt es bekanntlich gar keine geschriebene Verfassung, die Verfassung beruhte auf geschichtlicher Entwicklung bzw. Erfahrung, hergebrachten Gewohnheiten und gemeinsamen Überzeugungen. Dies zeigt, dass es nicht auf den Wortlaut eines Verfassungstextes ankommt, wohl aber auf die Mentalität der Bürger, der Politiker, der Presse. Gerät diese verfassungsstaatliche Mentalität in Wegfall, nützt der Rekurs auf den Verfassungstext nicht viel. Vor allem braucht es Bürger, die in erster Linie frei sein wollen und nicht grundversorgt.

**Ralf M. Ruthardt** | Stellen wir es gegenüber: Der Mensch ist nicht um des Staats willen da, sondern umgekehrt. Politik hat dem Gemeinwesen zu dienen und die Freiheit des Einzelnen zu wahren.

**Ulrich Vosgerau** | Ich sagte ja, die britische

Verfassung „beruhte“. Heute zerfällt Großbritannien entlang der ethnokulturellen Bruchlinien, die Regierung verlegt sich darauf, die einheimische Bevölkerung zu erziehen, damit die Probleme nicht öffentlich thematisiert werden.

Hier in Deutschland wird das Grundgesetz – ohne dass am Text etwas geändert werden müsste – seit Jahren radikal umgedeutet, es wird von einer seit Jahrzehnten weltweit vorbildlichen Musterverfassung eines demokratischen, freiheitlichen Rechtsstaates zu einem Moralkatechismus für die Bürger gemacht, der diese angeblich zum Klimaschutz zwingt und ihnen Einwanderungskritik verbietet. Hinter dieser Umdeutung steht dabei nicht der juristische Fachstab, sondern die Medien, vor allem der öffentlich-rechtliche Rundfunk, und staatlich finanzierte „NGOs“.

Der gesamte Grundrechtskatalog richtet sich nicht an die Bürger, die Grundrechte sind staatsgerichtete Abwehrrechte. Demgegenüber wird heute sogar in Verfassungsschutzberichten behauptet, ein Bürger, der z. B. die Einwanderung in unsere Sozialsysteme unmissverständlich kritisiert, verletze dadurch die Menschenwürde der Einwanderer. Das kann er eigentlich technisch gar nicht, der Staat, nicht der Bürger, ist grundrechtsverpflichtet. Und der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat sich 2021 im sogenannten Klimaschutz-Beschluss zu der Rechtsauffassung verstiegen, alle Grundrechte stünden unter dem Vorbehalt des Klimaschutzes, um die Rechte noch ungeborener Generationen zu wahren.

**Ralf M. Ruthardt** | Ich habe bisher nicht darüber nachgedacht, wie stark die Mentalität der Bürgerinnen und Bürger die Verfassung eines Staates prägt. Es ist faszinierend, wie sich über Jahrhunderte ein kollektives Selbst-

verständnis bildet. In unserer Zeit erscheint der Ruf nach einem mentalen Wandel hin zum Bürgerlichen sehr berechtigt.

Vielleicht sind wir uns unserer gestalterischen Kraft als souveränes Volk gar nicht bewusst. Doch genau jetzt ist sie gefordert – nicht zuletzt, weil klassische Arbeitsplätze zunehmend verschwinden. Es braucht wieder mehr Eigenverantwortung und Eigeninitiative.

Dem steht eine nahezu allmächtige mediale Kraft gegenüber, die von wenigen Akteuren gesteuert wird. Aus wirtschaftlichem Opportunismus passen sich viele Medien einem lautstarken Narrativ an, ohne es offen kritisch zu hinterfragen. So überlagern mediale Einflüsse mitunter indirekt sogar die Wirksamkeit eines Parlaments, einer Regierung oder eines Bundesverfassungsgerichts. Dann wird die sogenannte „vierte Gewalt“ quasi zur maßgeblichen Gewalt.

**Ulrich Vosgerau** | Ihre Grunddiagnose teile ich. Sie ist genau richtig und beschreibt das Problem an unserer Demokratie. Eine echt funktionierende Demokratie ist sie nicht mehr. Sie ist eine gelenkte Demokratie, bei der ein erstaunlich kleiner Personenkreis mit Unnachgiebigkeit und Intoleranz Einfluss ausübt. Das sind Leute, die den ganzen Tag nichts anderes zu tun haben,

als zu beeinflussen. Man lenkt die „Schafherde“ in beträchtlicher Weise. Nun möchte ich aber gleich einwerfen, dass ich gerade an dieser Stelle in der letzten Zeit wieder Anlass für Optimismus sehe!

Nochmals: Ich beobachte, dass bestimmte Medien versuchen, nicht nur über Politik zu berichten, sondern aktiv die Demokratie und ihre Bürger zu lenken. Dabei fällt auf, dass es vor allem aus dem politisch linken Spektrum immer wieder dieselbe – recht fantasie-lose – Argumentationsstrategie gibt: Es wird

suggestiert, es gebe eine überwältigende Mehrheit, die bestimmte linke Überzeugungen teilt. Diese angebliche Masse sei intolerant und zornig – und man selbst solle sich gefälligst anpassen, um nicht negativ aufzufallen.

Wie wenig Substanz hinter solchen Kampagnen steckt, zeigte sich jüngst beim Versuch, das ARD-Sommerinterview mit Alice Weidel zu stören. Dort standen gerade einmal 20 Personen, die angeblich „demonstrierten“ – samt einem riesigen Lautsprecherbus mit ohrenbetäubender Technik. Es ist fraglich, ob so ein Gefährt überhaupt im Straßenverkehr zulässig ist. Die Veranstalter waren offensichtlich nicht in der Lage, jedenfalls am Wochenende eine halbwegs eindrucksvolle Menschenmenge zu mobilisieren – selbst nicht mit möglichen „Aufwandsentschädigungen“, die, wie unlängst bekannt wurde, bei linken und regierungsfremden Demonstrationen gegen Andersdenkende nicht selten bezahlt werden. Die Lösung: technisch erzeugter Lärm ersetzt die nicht vorhandene Masse. Der Bus mit der Beschallung simuliert eine nicht zu mobilisierende Menschenmenge.

Hier sind wir an dem Punkt, der Hoffnung macht: Man bekommt die Leute nicht mehr zusammen. Diese Strategie – den Eindruck einer übermächtigen Mehrheit zu erwecken – funktioniert nur noch bedingt. Menschen neigen zwar dazu, „mitzulaufen“, wenn es um Themen geht, die sie nicht wirklich interessieren oder von denen sie wenig verstehen. Modefragen sind dafür ein gutes Beispiel: Ob nun lange oder kurze Röcke, Streifen oder Punkte – viele richten sich schlicht danach, was „die anderen“ tragen. Aber bei existenziellen Fragen, die das eigene Leben betreffen, endet dieses Mitläufertum irgendwann.

Wenn man Menschen konkret fragt, ob sie es wirklich befürworten, in Zukunft nur noch



vier private Autofahrten pro Jahr unternehmen zu dürfen – beantragt drei Wochen im Voraus, ohne Anspruch auf Genehmigung, wie es linke Berliner Initiativen offenbar gerne hätten, auch die weitere SPD-Bundesverfassungsgerichtskandidatin Ann-Katrin Kaufhold scheint mit vergleichbaren Maßnahmen zu sympathisieren – dann fällt die Zustimmung deutlich geringer aus. Ein einfaches Gedankenexperiment zeigt das: Die meisten Menschen würden es am Ende akzeptieren, reich zu sein, auch wenn fast alle anderen arm wären; nur sehr wenige würden sagen: wenn alle arm sind, will ich auch arm sein, bevor ich noch dumm auffalle! Bei eigenen Fundamentalinteressen hört insofern das Mitläufertum dann auf.

Ein zweiter Punkt, der von den linken Meinungsmachern übersehen wird, ist ein psychologisches Phänomen: die Reaktanz. Wer instinktiv spürt, dass er manipuliert werden soll, lehnt das dann ab. Und Menschen reagieren erst recht mit innerem Widerstand, wenn sie merken, dass sie nicht höflich gebeten oder eben geschickt manipuliert, sondern erzogen oder gedrängt werden sollen, zumal durch offene oder verdeckte Drohungen. Dieses autoritäre Vorgehen löst dann Trotz und Wut aus statt der erwünschten Folgebereitschaft. Das heißt, Menschen nehmen dann sogar real drohende Nachteile in Kauf, weil sie im Prinzip nicht am Ohr über die Straße gezerrt werden wollen, und schon gar nicht von Menschen, die selbst nie produktiv gearbeitet und von der fraglichen Sachmaterie erkennbar wenig Ahnung haben.

**Ralf M. Ruthardt** | Wenn ich auf meine soziologischen Feldbeobachtungen der letzten Zeit zurückblicke, gewinne ich den Eindruck, dass viele Menschen – insbesondere aus der gesellschaftlichen Mitte, also jenem Teil mit einer gewissen Wohlstandsroutine – noch immer in einer Art mentalem Dämmerschlaf

verharren. Frei von jedem historischen Vergleich scheint es, als sei die Grundhaltung oft „ach, so schlimm wird es schon nicht kommen“ oder „das kann ich mir nicht vorstellen“.

Gerade gegenüber politischen Zumutungen von links, die schrittweise in den Alltag einsickern, herrscht wohl zu oft eine gewisse Gleichgültigkeit – bis dann konkrete Eingriffe spürbar werden, wie etwa die Debatte um den Heizungskeller. Da zucken manche kurz auf, nur um sich danach wieder zurückzulehnen.

Daher meine Frage an Sie, Herr Vosgerau: Wie nehmen Sie die gesellschaftliche Stimmung aktuell – wir schreiben Juli 2025 – wahr? Erleben wir heute ein wacheres, politisch aufmerksameres Land als noch vor zwei, drei oder vier Jahren? Oder ist die Mehrheit der Menschen weiterhin im Privaten und dort in der Hoffnung, die Zumutungen aus Berlin möglichst ausblenden zu können?

**Ulrich Vosgerau** | Das lässt sich schwer pauschal beantworten. Meines Erachtens sind es gerade die Soziologen und Sozialpsychologen, die seit Jahren – um nicht zu sagen: seit Jahrzehnten – darauf hinweisen, dass es „die Gesellschaft“ so heute eigentlich gar nicht mehr gibt. Vielmehr ist unsere Gesellschaft heute stark fragmentiert und aufgespalten in ganz unterschiedliche Milieus, die mitunter keinerlei Berührungspunkte mehr zueinander haben.

Ich würde allerdings sagen, dass es in den letzten Jahren durchaus und in erheblichem Ausmaß ein „Aufwachen“ jedenfalls in bestimmten Teilen der Bevölkerung gegeben hat – insbesondere in jenen bürgerlichen Kreisen, in denen Menschen bislang schlicht wenig Zeit hatten, sich mit Politik zu befassen. Denn es sind vor allem die Bürgerlichen, die täglich arbeiten – häufig deutlich mehr als

acht Stunden – und sich danach und außerdem noch um Familie und Kinder kümmern. Diese Menschen hatten kaum Ressourcen frei, sich intensiv mit politischen Entwicklungen auseinanderzusetzen.

Demgegenüber steht ein anderes Milieu: der aktivistische, oft linksorientierte Bereich, wo viele Akteure durch NGOs und deren staatliche Finanzierung faktisch von der regulären Erwerbsarbeit freigestellt sind. Sie haben die Möglichkeit, sich ganztägig politisch zu engagieren – und tun das auch. Dieses Ungleichgewicht in der politischen Sichtbarkeit und Schlagkraft besteht seit Langem.

Dennoch ist in den arbeitenden, steuerzahlenden Schichten inzwischen ein wachsendes Unbehagen festzustellen. Es handelt sich ohnehin schon um eine Minderheit – und sie schrumpft weiter –, die mit ihren Steuern den Staat im Wesentlichen noch trägt und am Laufen hält. Gleichzeitig erleben viele von ihnen, dass die Leistungen, die sie für ihre hohen Abgaben erhalten, zu diesen in keinem Verhältnis mehr stehen. Ein oft genannter Vergleich ist die Schweiz: Dort ist die Steuerbelastung deutlich geringer, aber öffentliche Dienstleistungen – etwa im Verkehrssektor – funktionieren sehr viel besser.

In diesen Kreisen findet derzeit ein tiefgreifender Bewusstwerdungsprozess statt, der darauf hinausläuft, den Status quo infrage zu stellen. Zugleich gibt es aber auch andere Milieus, in denen die ideologische Verblendung größer zu sein scheint als je zuvor.

Ich höre zum Beispiel aus der CDU, dass dort ältere Berufspolitiker – oft über 60, viele mit konservativer Prägung, Schützenverein inklusive – inzwischen zunehmend unter Druck geraten. Nicht etwa durch die Öffentlichkeit, sondern durch die eigenen Enkelkinder. Diese bringen das „woke“ Weltbild samt Regen-

bogenflagge direkt aus der Schule mit nach Hause und setzen ihre Großeltern emotional unter Druck, sich von traditionellen Überzeugungen, die sie unter schulischem Einfluss als „unmoralisch“ erkannt zu haben glauben, zu distanzieren. Der emotionale Hebel ist hier oft die familiäre Bindung – etwa die Liebe zum Enkel.

Das alles zeigt: Die gesellschaftliche Entwicklung ist vielschichtig. Doch die Haupttendenz scheint mir zu sein: Die Minderheit, die finanziell alles trägt und dafür immer weniger bekommt, wird zunehmend kritischer.

**Ralf M. Ruthardt** | „Der Fisch stinkt“ sprichwörtlich vom Kopf her. Und wir Bürgerinnen und Bürger sind als Souverän der Kopf – oder? Um auf den Anfang unseres Gesprächs zu kommen: Müssen wir als Bürgerinnen und Bürger uns einfach ein Stück weit neu erfinden, indem wir als Souverän in unserem Gemeinwesen zu agieren haben?

**Ulrich Vosgerau** | Ha, das habe ich unlängst irgendwo gelesen, also diesen Vorschlag, quasi alles umzudrehen in der politischen Theorie. Man spricht ja in der Politikwissenschaft international von der „bottom-to-top-Legitimation“ als übergreifendes Merkmal von Demokratien. Und da hat nun auch gerade einer vorgeschlagen: Da wir doch die Volkssouveränität haben, muss es doch eigentlich „top-to-bottom-Legitimation“ heißen, der Souverän ist doch wohl oben und nicht unten! Aber das ist Unsinn, der „Kopf“ eines Gemeinwesens sind selbstverständlich nicht die Bürger. Dass das Volk rein rechtlich gesehen Träger der Souveränität ist, nicht mehr ein Fürst oder der Staat, bedeutet faktisch noch lange nicht, dass es auch die Führung innehat. Wer über Politik spricht, muss über das Denken und Handeln der Eliten sprechen – denn es sind immer Eli-



ten, die politisch handeln und die politischen Entscheidungen treffen.

Wenn ich mich dazu öffentlich äußere, so z. B. auch auf „X“, erhalte ich empörte Zuschriften. Menschen schreiben mir dann immer, dass man doch ausgerechnet jene, die z. B. in der Bundesregierung die Entscheidungen treffen – die aber nach Meinung der empörten Bürger durchweg schlecht seien –, nicht ernsthaft auch noch als „Elite“ bezeichnen sollte! Meine Antwort ist dann stets dieselbe: Der Begriff „Elite“ ist natürlich rein funktional gemeint und nicht irgendwie wertend oder gar lobend. Es geht nicht darum, jemandem positive Eigenschaften zuzusprechen, sondern darum, wer faktisch Macht ausübt und die Richtung des Landes bestimmt.

Natürlich zählen dazu die Mitglieder der Bundesregierung, aber ebenso die Personen an der Spitze der Medien – insbesondere im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Es sind diese Akteure, auf deren Denken und Handeln es ankommt.

Ein einfaches Kriterium zur Bestimmung von Elite lautet: Elite ist, wer sagen kann „ich wurde da wohl öffentlich missverstanden, also gehe ich nächsten Sonntag zu Caren Miosga oder dann zu ‚Hart aber Fair‘, um das mal klarzustellen.“ Wer hingegen allenfalls Leserbriefe schreibt, die dann doch nicht veröffentlicht werden, gehört hingegen offensichtlich nicht dazu. Neulich gab es ja eine große Aufregung, da sagten Leute: So weit ist es nun schon gekommen mit der öffentlichen Kritik an allem und jedem, dass sogar eine Bundesverfassungsgerichts-Kandidatin jetzt zu „Markus Lanz“ gehen muss, um sich zu erklären! Aber entscheidend ist eher, dass sie dort hingehen konnte, weil sie sich eben einen Vorteil davon versprach angesichts der Vorwürfe. Ich würde gerne mal meine Ansichten und Einsichten bei Markus Lanz verbreiten,

gern auch mehrmals im Jahr – werde aber nicht eingeladen.

Aber wie dem auch sei: Beobachtet man die politische Realität, kann man sich dem Eindruck kaum entziehen, dass unser politisches System heute in einem Ausmaß von den Parteien dominiert wird, welches weit über das hinausgeht, was das Grundgesetz ursprünglich vorsah. Diese parteipolitische Überformung trägt aber offensichtlich erstaunlich wenig zu einer sinnvollen Elitenauswahl bei. Leistung, Kompetenz, Integrität – das scheinen alles keine Eigenschaften zu sein, die zur Auswahl für ein Staatsamt durch die innerparteilichen Mechanismen unabdingbar wären, ja man könnte den Eindruck gewinnen, dass diese Eigenschaften insofern nicht einmal ansatzweise vorteilhaft zu sein scheinen.

Ein Beispiel ist Außenministerin Annalena Baerbock. Das Außenministerium gilt traditionell als eines der wichtigsten Ressorts – es war nach dem Finanzministerium jedenfalls traditionellerweise eigentlich das bedeutendste. Dass Baerbock dieses Amt bekleidet hat, ist bemerkenswert – und in vielerlei Hinsicht irritierend. Ihre internationale Wirkungslosigkeit war deutlich erkennbar: Es kam vor, dass ausländische Amtskollegen sie nicht mehr persönlich empfangen, sondern Gespräche offenbar teils bis auf die Ebene eines stellvertretenden Abteilungsleiters herunterdelegierten, in China soll man ihr auch teils Bürgermeister von irgendwelchen Städten vorgesetzt haben. Ein deutliches diplomatisches Signal.

**Ralf M. Ruthardt** | Reden wir nochmals über die Besetzung des Bundesverfassungsgerichts ...

**Ulrich Vosgerau** | ... es ist ganz einfach so, dass das System der Richterauswahl zum Bundesverfassungsgericht heute nicht

mehr funktioniert. Es hat lange funktioniert, und es ist letztlich in diesen Strudel der totalen Umgestaltung unserer politischen Verhältnisse gekommen. Das erleben wir im Grunde seit der Wiedervereinigung. Es gibt keinen richtig adäquaten Ausdruck für das neue, nun aufkommende politische System, daher beschreibe ich es als den Übergang zur Postdemokratie.

Das kann man und das muss man meines Erachtens auch tun, denn wenn wir beispielsweise das System, das wir in Westdeutschland im Jahre 1985 gehabt haben, als funktionierende liberale Demokratie oder auch rechtsstaatliche Demokratie beschreiben, was mir adäquat erscheint, dann können wir das System, was wir heute haben, nicht einfach mit demselben Wort beschreiben. Dafür sind die Unterschiede zu groß, teils nimmt man völlige Gegensätze wahr. Früher sah man die Demokratie als entscheidend vom Gegensatz von Regierungslager und Oppositionslager geprägt. In der Demokratie ist die „Spitze gespalten“, wie Luhmann sagt, Opposition ist dann eben nicht mehr, wie im Absolutismus, „Hochverrat“.

Zwischen Regierung und Opposition bestehen tiefgreifende politische Gegensätze. Die Opposition hält völlig andere Anschauungsweisen und Lösungen für die Probleme bereit. Und durch Wahlen kann die Opposition völlig legal und unblutig in die Regierung verwandelt werden und umgekehrt. Wir kennen ja diese Demokratiedefinition. Die Postdemokratie beginnt im Grunde seit der Zeit unmittelbar nach der Wiedervereinigung infolge einer Selbstgleichschaltung der Presse. Weite Teile der Presse und der Medien, allen voran der öffentlich-rechtliche Rundfunk, haben sich im Großen und Ganzen auf eine grün-linke Linie als die einzig politisch-moralisch erlaubte Richtung festgelegt. Auf die bislang konservativen oder wirtschafts-

liberalen Parteien wurde so ein massiver Druck ausgeübt.

In der Postdemokratie gelten dann nennenswerte inhaltliche Abweichungen zur rot-grünen Medienmeinung etwa in Fragen des Klimaschutzes oder der Einwanderung nicht mehr als legitime Opposition, sondern als undemokratisch, „menschenverachtend“ und vor allem bald auch als „verfassungsfeindlich“. Der Medienkonsens wird dann zum Elitenkonsens.

**Ralf M. Ruthardt |** Lassen Sie uns an dieser Stelle der Zeit wegen nur kurz auf Dr. Angela Merkel und die Alternativlosigkeiten in ihrer Zeit als Bundeskanzlerin eingehen ...

**Ulrich Vosgerau |** Angela Merkel hat dann, auch schon in den Jahren vor 2015, für die CDU gesagt: wir regieren nicht mehr gegen die Medienlandschaft an, sondern übernehmen einfach die rot-grünen Positionen. Wir können und wollen einfach nicht mehr das große Feindbild der veröffentlichten Meinung sein. Und das hat in der Tat dazu geführt, dass Medien und öffentlich-rechtlicher Rundfunk regelrecht zur Schutzmacht der CDU wurden, diese gegen die Opposition in Schutz nahmen, was ja vorher eigentlich noch nie passiert war – jedenfalls, so lange Angela Merkel dort den Kurs bestimmte.

Wir sehen diese Veränderungen nun auch bei der zunächst fehlgeschlagenen Wahl neuer Verfassungsrichter. Als die Demokratie des Grundgesetzes noch gut funktionierte, wurden Leute Bundesverfassungsrichter, die besonders angesehene Juristen waren und auf die sich Regierung und Opposition letztlich geeinigt hatten, letzteres wurde durch das Kriterium der Zweidrittelmehrheit bewirkt. Heute hingegen schlägt die Unionsseite einen sehr angesehenen und fachlich qualifizierten Kandidaten vor. DIE GRÜNEN lehnen diesen Kandidaten aber ab, weil dieser die



Zurückweisung von Asylbewerbern an den Grenzen nicht unter allen Umständen ausschließt. Und was macht die CDU: Sie zieht ihren Kandidaten sofort zurück, weil DIE GRÜNEN für eine Zweidrittelmehrheit benötigt werden – solange die Brandmauer steht. Das ist das Axiom, was die Postdemokratie wesentlich ausgemacht hat. Nicht so bei der SPD ...

**Ralf M. Ruthardt** | ... es wird die stärkste Oppositionspartei mit ihren rund 20 % ausgeschlossen, weil bisher niemand sich an den Einriss der Brandmauer wagt.

**Ulrich Vosgerau** | Das Schema ist einfach: Die größte Oppositionspartei gilt nicht mehr als legitim, sondern als verfassungsfeindlich. Diese muss man niederkämpfen, vielleicht gar verbieten – jedenfalls hat sie perspektivisch zu verschwinden. Weil das erkennbarer Mehrheitswille der anderen Parteien ist, gibt es auch diese Neigung beim Bundesverfassungsgericht als quasi Schiedsrichter. Denn in der Postdemokratie kommt es entscheidend auf den – ursprünglich von den Medien gestifteten – Elitenkonsens an, aus dem auch das Bundesverfassungsgericht nicht ausscheren will, denn es will ja Teil der Eliten bleiben. Man könnte sagen, so wie der mediale Konsens die Demokratie erledigt hat, erledigt der Elitenkonsens, der aus dem Medienkonsens hervorgeht, auch die Gewaltenteilung bzw. den Pluralismus überhaupt.

Das können Sie sich so vorstellen: Wenn ein bislang noch so berühmter und anerkannter Klimaforscher morgen öffentlich sagen würde: „Also, zu welchem genauen Anteil der Klimawandel eigentlich menschlich verursacht ist und ob er überhaupt nennenswert mit dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu tun hat, das weiß doch in Wahrheit kein Mensch!“ – Dann würde das ja nicht bedeuten, dass der Elitenkonsens gescheitert ist, weil die Eliten sich

zerstritten haben. Sondern es würde bedeuten, dass dieser Forscher ab sofort nicht mehr Teil irgendwelcher Eliten ist, sondern überall geschnitten und aussortiert würde. Zustimmung zum Elitenkonsens ist Voraussetzung der Elitenzugehörigkeit, ganz anders als früher in der Demokratie, wo die Opposition eben die Gegen-Elite war.

Das Bundesverfassungsgericht läuft durchaus noch mit einem großen Selbstbewusstsein herum, es sagt eben: bei politischer Uneinigkeit sind wir der Schiedsrichter! Aber bei politischen Konflikten, an denen die AfD bzw. ihre Bundestagsfraktion beteiligt ist, versagt das Bundesverfassungsgericht immer wieder. Es sagt dann quasi: was braucht man einen Schiedsrichter, wenn alle sich einig sind? Gemeint damit ist: wenn alle, auf die es ankommt, sich einig sind, und das ist eben nicht die AfD! Und der Hintergrund dessen ist: die Bundesverfassungsrichter fürchten eben, selbst nicht mehr als „Elite“ anerkannt zu werden, wenn sie der AfD zu oft Recht geben...

Mit rein rechtlichen Argumenten kann man das nicht erklären. Das kann man nur verstehen, wenn man die Mentalität kennt, und die Veränderungen der Mentalitäten in der Postdemokratie.

**Ralf M. Ruthardt** | Lassen Sie mich, bevor wir die Leserinnen und Leser ins selbstbestimmte Nachdenken entlassen, noch eine Frage stellen. Stehen Sie mit Ihren Argumenten als Staatsrechtler alleine oder sehen Sie sich eingebettet in eine doch womöglich in weiten Teilen schweigende Schar von Rechtswissenschaftlern, die das, was Sie ausführen, teilen?

**Ulrich Vosgerau** | Weder das eine noch das andere, denn beides wäre übertrieben. Jedenfalls, alleine bin ich nicht. Es gibt viele Staatsrechtler, die das ebenso sehen. Ein Heidelberger Kollege hatte mir damals

unmittelbar nach der Grenzöffnung gesagt: Selbstverständlich hätte ich recht, aber er werde das nicht öffentlich sagen, sonst würden ihm seine Studenten die Fensterscheiben einwerfen. Wobei das nicht „seine Studenten“ gewesen wären, sondern eher die linken Berufsaktivisten, die sich seit geraumer Zeit an den Universitäten herumtreiben, was nicht sein müsste...

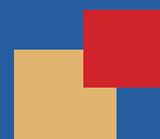
**Ralf M. Ruthardt** | Danke für das Gespräch, Herr Dr. Ulrich Vosgerau.



Quellen:

<sup>1</sup> <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2025/wie-die-richterwahl-auf-eine-ueberforderte-unionsfraktion-trifft/>

**Hinweis:** Im LinkedIn-Newsletter von Ralf M. Ruthardt vom 6. September 2025 erschienen und zudem anschließende Veröffentlichung in der Ausgabe 2025-04 im Magazin *MIT-MENSCHENREDEN*. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung zur Zweitveröffentlichung. | [www.mitmenschenreden.de](http://www.mitmenschenreden.de)



# HAYEK

## Die Clubs!



Impressionen & Statements

In dieser Rubrik geht es um Berichte über die Aktivitäten der regionalen HAYEK-Clubs. Sie tragen Hayeks Ideen in die Fläche – und leisten so einen Beitrag für die Zukunft unserer Gesellschaft.

## Dystopie der erzwungenen Gleichheit

Matthias Still berichtet über einen literarischen Abend mit politischem Tiefgang: Der **Hayek-Club Hamburg** begrüßte rund 70 Gäste zu einer besonderen Veranstaltung im Zeichen der Freiheit – mit keinem Geringeren als dem Bestsellerautor, Historiker und Soziologen Dr. Dr. Rainer Zitelmann. Der international gefragte Experte stellte sein neues Werk vor: „2075 – Wenn Schönheit zum Verbrechen wird“ – ein dystopischer Roman, der auch die Debatte über Gleichheit und Gerechtigkeit neu belebt.

Es ist Zitelmanns erster Roman – und das aus gutem Grund. Nach 30 Sachbüchern, die in 35 Sprachen übersetzt wurden, darunter internationale Bestseller wie „Die Gesellschaft und ihre Reichen“ oder „Psychologie der Superreichen“, wagt sich der Autor auf erzählerisches Neuland. Doch sein Anliegen bleibt dasselbe: Er will Denkprozesse anstoßen. Diesmal nicht mit Zahlen und Studien, sondern mit einer fesselnden Geschichte.

Im Zentrum von „2075“ steht eine Welt, in der Gleichheit zum höchsten Wert erhoben wurde, koste es, was es wolle. Eine Bewegung namens MOVE – Movement for Optical Justice – propagiert, dass Schönheit ein soziales Unrecht sei. Hübsche Frauen, so das Dogma, würden systematisch bevorzugt. Der Roman zeichnet eine düstere Entwicklung: Was mit gesellschaftlicher Kritik beginnt, endet in einem autoritären Regime, das sogenannte „Privileged Beauties“ zu chirurgischen Eingriffen zwingt, um sie äußerlich „anzupassen“. Wer sich widersetzt, muss mit sozialen Sanktionen, Jobverlust oder Schlimmerem rechnen.

Zitelmann inszeniert diesen Totalitarismus nicht als fernes Gedankenspiel, sondern als bedrückend realistische Möglichkeit. Seine Protagonisten, die Studentin Alexa und der Journalist Riven, erleben hautnah, wie eine Gesellschaft kippt – und wie aus einem scheinbar moralischen Ideal eine brutale Unterdrückung wird.

In der Diskussion nach der Lesung wurde deutlich: Zitelmann trifft einen Nerv. Die Gäste diskutierten angeregt über politische Korrektheit, Schönheitsdebatten, Cancel Culture – und über die Frage, ob literarische Dystopien vielleicht ein wirksamerer Weg sind, die Ideen klassischer Freiheit zu vermitteln, als trockene Sachbücher es je könnten.

„Ich wollte Menschen erreichen, die sonst vielleicht kein Interesse an politischen Theorien haben“, so Zitelmann im Gespräch mit den Gästen. Tatsächlich erinnert „2075“ in Ton und Aufbau an Klassiker wie George Orwells „1984“ oder Aldous Huxleys „Schöne neue Welt“, doch mit einem hochaktuellen Thema: dem Spannungsverhältnis zwischen Gleichheitsanspruch und individueller Freiheit.

Dass Schönheit als soziale Ungerechtigkeit verhandelt wird, ist dabei kein bloßer Kunstgriff. In einem Interview betonte Zitelmann: „Attraktivität hat reale Auswirkungen auf das Leben – das ist wissenschaftlich belegt. Aber daraus ein politisches Problem zu machen, ist gefährlich. Wer Gleichheit über Freiheit stellt, endet unweigerlich in der Diktatur.“

Der Hayek-Club Hamburg bot mit dieser Veranstaltung im trendigen „Hamburger Ding“ auf der Reeperbahn nicht nur eine Bühne für den Roman, sondern auch für die Grundsatz-

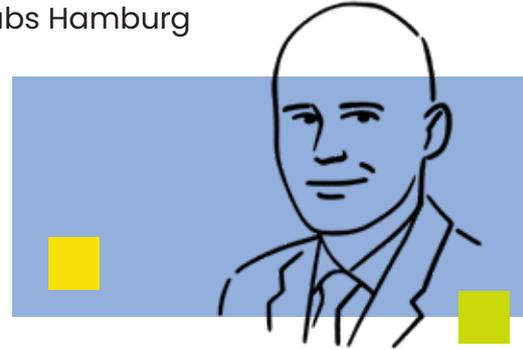


frage: Wie weit darf Gleichheit gehen? Und wo beginnt die Gefahr für die Freiheit? Der Abend fand in Kooperation mit dem Onlineportal finanzmarktwelt.de statt.

Zitelmann ist ein Autor, der sich nicht an Konventionen hält. Der mit provokanten Thesen polarisiert – und gerade dadurch Debatten auslöst, die unsere Gesellschaft dringend

braucht. Sein Fazit des Abends: „Romane können Brücken bauen – gerade in Zeiten, in denen politische Debatten oft in den eigenen Blasen verharren.“ „2075“ ist ein solches Brückenbauwerk.

Matthias Still  
Leiter des Clubs Hamburg



**Hayek-Club Heidelberg (Adrian Thom) |** Bald zwei Jahre ist es her, dass Prof. Dr. Gerd Habermann die Wiederbelebung unseres Heidelberger Clubs mit seinem Vortrag zum 100-jährigen Jubiläum des Hayek-Klassikers „Der Weg zur Knechtschaft“ eingeleitet hat.

Seitdem gab es in Heidelberg eine Reihe anspruchsvoller Vorträge mit Bezug zu aktuellen Themen und einem wachsenden Teilnehmerkreis. Auf dem Club-Abend Ende Mai, vor unserer Sommerpause, erlebten wir einen fesselnden Vortrag von Ralf M. Ruthardt, der in seiner Rolle als Autor und Unternehmer

die Macht politischer und medialer Narrative darstellte und anschließend mit den Teilnehmern diskutierte.

An mehreren Beispielen verdeutlichte Ruthardt, wie vernunftbasierte Diskurse durch Angst und Schweigen zersetzt werden und wie dadurch die Deutungsmacht medialer Akteure gestärkt wird. Jeder Teilnehmer erhielt abschließend eine Ausgabe von Ruthardts Magazin *„mitmenschenreden“*, welches durch zahlreiche Interviews und Artikel die Notwendigkeit zum politischen Diskurs verdeutlicht.

# MIT DABEI SEIN!

Die regionalen Hayek-Clubs dienen der Verbreitung der Ideen der Hayek-Gesellschaft in der Fläche und der Bildung lokaler liberaler Netzwerke zwecks Ideenaustausch und gegenseitiger Hilfe. Es braucht liberale Argumente im Diskurs – das erkennen wir in Deutschland geradezu täglich.

Die Clubs sind selbständige, zumeist informelle private Vereine mit finanzieller Selbstverantwortlichkeit. Hier finden Sie die Übersicht der Hayek-Clubs:

<https://hayek.de/hayek-clubs/>

# AKADEMIE der Freiheit

Die *Akademie der Freiheit* ist ein Ort des freien Meinungs austauschs. Hier ist Raum für offene Debatten über Wirtschaft, Politik und Philosophie. Die Hayek-Gesellschaft lädt jedes Jahr interessierte Schüler, Studenten und Berufstätige bis 30 Jahren zur *Akademie der Freiheit* ein, um Ansichten zu teilen, zu hinterfragen und zu erweitern.

Vom 03. bis 08. August hat die *Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft* im Kloster Lehnin wieder ihre *Akademie der Freiheit* durchgeführt. 17 interessierte junge Menschen wurden in schönster Atmosphäre in die Ideen des klassischen Liberalismus eingeführt und akademisch wie rhetorisch geschult.

Prof. Dr. Stefan Kooths gab eine kompakte Einführung in die VWL – insbesondere in die Theorie der komparativen Kostenvorteile. Prof. Dr. Eduard Braun (TU Clausthal) präsentierte einen Überblick über die Institutionenlehre der Österreichischen Schule: Markt, Geld, Unternehmertum und Geldrechnung.

Dr. Alexander Dörrbecker gab einen geschichtlichen Einblick in die enge Wechselbeziehung zwischen Christentum und Liberalismus. Dabei wurde den Teilnehmern deutlich, dass zentrale Ideen des Liberalismus – Personenwürde, Eigentum, Gewaltenteilung und Naturrecht – nicht erst mit der Aufklärung im 18. Jahrhundert entstanden, sondern

aus einem langen, spannungsreichen historischen Entwicklungsprozess hervorgegangen sind. Entsprechend herausfordernd gestaltet sich die Aufrechterhaltung der rechtsstaatlichen Institutionen – ein Problem, in welches uns Dr. Ulrich Vosgerau in seiner anspruchsvollen Vorlesung einführte.

Weitere Beiträge kamen von Vera Lengsfeld, Prof. Dr. Gerd Habermann, Sascha Tamm, Carlos A. Gebauer, Nickolas Emrich, Tobias Zander, Luca Hiller und Julian Arndts. Die Moderation und Organisation lag bei mir. Luca Hiller hat mich großartig unterstützt. Die Gruppe zeichnete sich durch hohe Motivation



aus und verstand sich auch untereinander hervorragend. Besonders die gemeinsame Freizeit- und Abendgestaltung hat dazu beigetragen, ein starkes Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln – eine Verbindung, die hoffentlich auch über die Akademie hinaus bestehen bleibt. Und fest steht: Die Hayek-Gesellschaft wird ihre Absolventen auch weiterhin in ihrer akademischen und persönlichen Entwicklung begleiten – als engagierte Streiter für die Freiheit.

Johannes Koberstein  
Büroleiter und Organisator

# FAMILIEN UNTERNEHMEN

Generationen verbinden,  
Zukunft sichern

Ralf M. Ruthardt im Gespräch mit  
Prof. Dr. Heiko Kleve

Wie gelingt es Familienunternehmen, über Generationen hinweg erfolgreich zu bleiben? Prof. Dr. Heiko Kleve, Geschäftsführender Direktor des Wittener Instituts für Familienunternehmen (WIFU), gibt spannende Einblicke in die besondere Dynamik von Unternehmerfamilien, ihre Herausforderungen und die Rolle von Emotionen, Loyalitäten und Konflikten. Ein Gespräch über die Bedeutung von Family Governance, transgenerationale Prägungen und die Kunst, Tradition mit Fortschritt zu verbinden.

**Ralf M. Ruthardt |** Ich freue mich sehr, dass wir uns hier in Berlin zum Gespräch treffen. Sie sind, Herr Prof. Dr. Heiko Kleve, Geschäftsführender und Akademischer Direktor des Wittener Instituts für Familienunternehmen (WIFU) an der privaten Universität Witten/Herdecke. Nun ist das WIFU in der Hochschullandschaft in Deutschland etwas Besonderes, weil sich dort mittelständische und große Familienunternehmen engagieren.

**Heiko Kleve |** Ja, es sind Familienunternehmen, die sich in der WIFU-Stiftung einbringen. Die Stiftung wiederum trägt maßgeblich die Finanzierung unseres Instituts. Das WIFU hat drei Forschungs- und Lehrbereiche: Betriebswirtschaftslehre, Rechtswissenschaft und Psychologie/Soziologie.

**Ralf M. Ruthardt |** Ich finde es sehr interessant und inspirierend, dass hinter der gemeinnützigen WIFU-Stiftung rund 80 namhafte Familienunternehmen aus dem deutschsprachigen Raum stehen und sich dabei dezidiert auf Forschung, Lehre und Praxisentwicklung mit Ausrichtung auf das Familienunternehmertum fokussieren.

**Heiko Kleve |** Die von der Stiftung eingesetzten Fördermittel dienen vornehmlich der Errichtung und dem Erhalt der Lehrstühle, der Unterstützung von Forschungsvorhaben sowie der Vergabe von Stipendien an Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler. Dazu zählt das von mir geleitete Institut für Familienunternehmen (WIFU).

**Ralf M. Ruthardt |** Lassen Sie uns über den Gegenstand von Forschung und Lehre sprechen. Was ist so spezifisch, wenn man auf mittelständische und große Familienunternehmen blickt?

**Heiko Kleve |** Die Forschungsstrategie des WIFU zielt darauf ab, die bestehenden fachlichen Grenzen der klassischen „drei Kreise“ der Familienunternehmensforschung – also Betriebswirtschaftslehre, Psychologie/Soziologie und Recht – weiterzuentwickeln. Es werden Themenfelder in den Fokus genommen, die an den Schnittstellen der klassischen Disziplinen bearbeitet werden. Da geht es dann beispielsweise um die Beziehungsarbeit im Gesellschafterkreis. Dort treffen in der Regel mehrere Generationen aufeinander. Es ist wichtig, dass sich die einzelnen Familienmitglieder entsprechend ihrer Interessen und Fähigkeiten entwickeln können. Es gilt auch, verborgene Fähigkeiten zu entdecken und zu entwickeln. Natürlich geht es ebenso darum, dass die emotionalen Aspekte thematisiert werden. Nur was thematisiert wird, kann bearbeitet werden.

**Ralf M. Ruthardt |** Nun stelle ich es mir in der Forschung und Lehre schwierig vor, die besonderen Konstellationen in Familienunternehmen zu würdigen. Gerade bei Gesellschafterthemen sind das doch oftmals sehr, sehr persönliche Kontexte.

**Heiko Kleve |** Deshalb braucht es ein vertrautes und vertrauliches Umfeld. Als WIFU bieten wir Menschen aus Familienunternehmen diesen Rahmen. An der Universität können



beispielsweise junge Leute ihr Studium u. a. mit Kursen unseres Instituts absolvieren und sich so mit den Besonderheiten des Familienunternehmertums befassen. Das sind oft besondere Seminare, in denen potenzielle Nachfolger von Familienunternehmen auch eigene Themen reflektieren können.

**Ralf M. Ruthardt** | Ich habe gesehen, dass sich beispielsweise Ihr Lehrstuhl mit der Organisation und Entwicklung von Unternehmerfamilien beschäftigt.

**Heiko Kleve** | Da geht es in Forschung und Lehre schwerpunktmäßig um soziologische und sozialpsychologische sowie auch sozialpädagogische Fragestellungen in Familienunternehmen und um deren Verbindung zu den Wirtschaftswissenschaften.

**Ralf M. Ruthardt** | Unternehmerfamilien haben natürlich verschiedene Sichten: Einmal sind diese Gesellschafter bzw. Eigentümer. Dann ist der Themenkomplex externes Management oder Management aus der Familie. Und schlussendlich geht es darum, dass die Stämme und die einzelnen Familienmitglieder fair partizipieren.

**Heiko Kleve** | Wenn die Familie wächst, braucht es neben der Corporate Governance auch eine Family Governance. Als WIFU sagen wir, ihr müsst als Unternehmerfamilien professionell auf eure Familienbeziehungen blicken. Eine Familie tickt anders als ein externes Management oder einander fremde Aktionäre eines Großkonzerns. Bei Familienunternehmen geht es um Bindungen, Emotionen und um Gerechtigkeitsfragen. Das zu verstehen und darauf einzahlende Formate zu entwickeln, ist uns als WIFU sehr wichtig.

**Ralf M. Ruthardt** | Als Soziologe ist es Ihnen somit wichtig, dass man die Familienstämme im Blick hat und dabei die jeweilige Generation würdigt ...

**Heiko Kleve** | ... je größer die Familie im Laufe der Generationen wird, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Unternehmerfamilie zersplittert. Grund ist, dass vertikale Loyalitäten bestehen. Wir legen hingegen Wert darauf, dass sich zudem horizontale Loyalitäten entwickeln.

## *gemeinsame Loyalitäten finden*

Dies bedeutet, dass beispielsweise Cousins und Cousins in der Lage sind, die in ihrer Elterngeneration ggf. vorhandenen Konflikte für ihre eigenen Loyalitäten zu bearbeiten und sich von diesen zu differenzieren. Nicht die Konflikte ignorieren, sondern diese abschließend bearbeiten und für sich als nachrückende Generation in eine gute Beziehung kommen. Das ist eine wichtige Sache: Die jüngere Generation muss für sich, um ein Familienunternehmen erfolgreich als Gesellschafter oder im Management erhalten zu können, gemeinsame Loyalitäten finden und stärken.

Das Stärkende aus der Vergangenheit soll erhalten bleiben. Daran gilt es, sich zu erinnern und in die Gegenwart mitzunehmen. Zugleich braucht es eine Achtsamkeit, dass die Konflikte der Vergangenheit nicht vererbt werden und weiterwirken.

**Ralf M. Ruthardt** | Da sind beispielsweise zwei Brüder, die gemeinsam ein Unternehmen führen und sich – trotz allen Erfolgs – zerstritten haben. Ich denke spontan an die Konflikte in der Familie Bahlsen. Wenn man darüber liest, erfährt man, dass es eine über 100-jährige Unternehmens- und Streitgeschichte gibt. Da kämpften Brüder gegeneinander und ein Onkel positioniert sich gegen den eigenen Neffen – und am Ende wird das Geschäft in „LORENZ“ und „BAHLSSEN“ gegliedert und jeder der Stämme geht

seinen Weg. Als ein weiteres Beispiel könnte man die Streitereien der Erben des Eisenbahnmodellbauers MÄRKLIN in Göppingen erwähnen. Das Unternehmen, eine Traditionsmarke, wurde massiv durch diese Konflikte in seiner Entwicklung behindert.

Was ich damit sagen möchte: Konflikte können viele Ressourcen binden und massiv Vermögen und Kräfte vernichten. Umso plausibler ist es, dass am WIFU auf solche Problemfelder eingegangen wird und präventive Methoden und Konzepte vermittelt werden.

**Heiko Kleve |** Für die nachrückende Generation ist es wesentlich, dass sie die Werte und Errungenschaften ihrer Väter, Großväter und so weiter würdigen. Deren Konflikte sollen die Jungen jedoch nicht weitertragen, sondern innerhalb ihrer Generation zum Wohle des Unternehmens und der Familien Loyalitäten und damit verbunden Einvernehmen entwickeln.

**Ralf M. Ruthardt |** Das erinnert mich an die Seelsorge. Dort gibt es auch Situationen, in welchen die jüngere Generation sich mit vererbten Konflikten konfrontiert sieht – und geistlicher Beistand eine Hilfe zur Überwindung alter Auseinandersetzungen sein kann.

**Heiko Kleve |** Genau. Es geht um Gemeinsamkeiten der jüngeren Generation. Gleichwohl möchte ich betonen, dass die Jungen das Positive und Kraft gebende der Älteren würdigen und übernehmen sollten. Es geht um keinen Bruch. Es geht darum, was im positiven Sinn die Familie und das Unternehmen weiterbringt.

Wir gehen mit Visualisierungen oder systemischen Aufstellungen an solche Herausforderungen heran. Meine Erfahrung dabei ist, dass die Jüngeren dann selbst zur Erkenntnis kommen, dass die Älteren es gut finden, wie

sie sich konstruktiv und loyal miteinander um das Unternehmen kümmern. Die Repräsentation der Ahnengeneration in der Psyche der Jungen oder in deren Kommunikation untereinander wird dann zu einer Ressource, die sie in ihrer jeweiligen Gegenwart stärkt und Kraft für die Zukunft gibt.

**Ralf M. Ruthardt |** ... ein sehr schöner und sehr mächtiger Gedanke, der sich auf einen der drei Kreise bezieht.

**Heiko Kleve |** Das ist eine sozialpsychologische Perspektive.

Familie entsteht, wenn Frau und Mann ein Kind zeugen. Ab diesem Moment ist Familie nicht mehr negierbar. Das Kind ist in eine Generationskette eingewoben. Es ist eine Realität, die nicht mehr gekündigt werden kann ...

**Ralf M. Ruthardt |** ... im Gegensatz zu meiner Aktie an einem Großkonzern und meinem Anstellungsverhältnis als Manager.

## *es geht um Gemeinsamkeiten*

**Heiko Kleve |** Diese Realität wirkt in die Zukunft, aber auch in die Vergangenheit. Es ist eine transgenerationale Kette. Sie ist mächtig. Die Weitergabe transgenerationaler Traumata kennt man, wenn Eltern Kriegserfahrungen gemacht haben und daraus resultierende Verhaltensmuster an ihre Kinder weitergeben. Diese Erkenntnis von Wirkung, also das Vermächtnis, ist auch für Familienunternehmen bzw. für die Unternehmerfamilien relevant.

**Ralf M. Ruthardt |** Wir kommen natur- oder gottgegeben mit Eigenschaften auf die Welt. Anschließend prägt uns Menschen unser soziales Umfeld massiv – bis wir irgendwann



eigenverantwortlich aus dem Gegebenen und dem Geprägten versuchen, etwas Eigenständiges zu machen.

**Heiko Kleve |** Auch perinatale und pränatale, also geburtliche und vorgeburtliche Prägungen, sind sehr wesentliche Einflüsse auf unser Menschsein. Unser Gehirn ist sehr flexibel und dadurch sehr plastisch, gerade in den ersten Lebensjahren. Das zeigt die Hirnforschung. Gerade in den ersten drei Lebensjahren entstehen Hirnprägungen durch soziale Interaktionen. Selbstverständlich können wir unsere Verhaltensweisen ändern – wenn wir jedoch in Krisensituationen kommen, wird das Ursprüngliche, das früh Geprägte, wieder abgerufen. Dann gelingt es uns bestenfalls, in einer erwachsenen Form mit den frühen Prägungen umzugehen.

**Ralf M. Ruthardt |** Lassen Sie uns in diesem Kontext einen Gedankensprung machen. Warum ist es so schwer mit dem Liberalismus? Diese Frage drängt sich mir geradezu auf, wenn Sie davon sprechen, dass bestimmte Verhaltensweisen sich geradezu im frühkindlichen Stadium uns eingeprägt haben. Kann es sein, dass gerade deshalb das freie und eigenverantwortliche Agieren uns Menschen oftmals so schwerfällt?

**Heiko Kleve |** Der Liberalismus kreierte die äußere Freiheit. Eine Gesellschaft, die uns so weit wie möglich frei und nur so weit wie nötig eingeschränkt sein lässt. Aber das können wir womöglich individuell gar nicht oder nur schwer aushalten, weil wir innerlich so wenig gestärkt und gekräftigt sind – und dadurch nicht zur freien Gestaltung unseres eigenen Lebens in der Lage sind. Eine freie Gesellschaft braucht aber freie Individuen. Freie Individualität setzt Selbstarbeit voraus, Persönlichkeitsentwicklung – das ist auch etwas, was wir für unsere Studierenden an der Universität erreichen möchten. Sie sollen

sich gemäß unserer Werte entwickeln können, nämlich in Freiheit, sozial verantwortlich und nach Wahrheit strebend.

**Ralf M. Ruthardt |** Dann nehmen wir das als Schlusssatz und ich bedanke mich für unser Gespräch.



**Hinweis:** Dieses Interview ist im Magazin *MIT-MENSCHENREDE* in der Ausgabe 02/2025 vom April 2025 erschienen. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung zur Zweitveröffentlichung.



Prof. Dr.  
Heiko Kleve



# Folgen Sie uns auf X und YouTube: [@HayekSociety](#)

Folgen Sie uns in den sozialen Medien und stärken Sie damit das Netzwerk liberaler Menschen.

[www.hayek.de](http://www.hayek.de)

# HAYEK UND MEHR ...

## Wirtschaftswissenschaft und Religion – eine Versöhnung

von Dr. Hendrik Hagedorn

In der Rubrik „HAYEK und mehr“ beschäftigen wir uns damit, Friedrich August von Hayek zu verstehen. Denn, Hayek's Analysen, Argumente und Thesen weisen weit über die Ökonomie hinaus.

Jede Wissenschaft hat ihre kopernikanische Wende, die den Eingang in die Neuzeit markiert und gleichzeitig die Verdrängung des Gottesbezugs. In der Astronomie war es Kopernikus, in der Philosophie Descartes, für die Biologie war es Darwin und für die Wirtschaftswissenschaften war es Jeremy Bentham mit seinem Credo vom „größten Glück der größten Zahl“.

Dieses Zu-sich-selbst-Kommen des menschlichen Verstandes, dessen wirtschaftswissenschaftliche Variante der Utilitarismus Benthamscher Prägung ist, wirkt aus heutiger Sicht und mit etwas Schulbildung im Rücken so selbstverständlich, dass die daraus resultierende gottfreie Weltsicht landläufig als das notwendige Ergebnis eines fortschreitenden Erkenntnisprozesses angesehen wird. Bezeichnend für diese Selbstgewissheit ist auch der kanonisierte Überlieferungsbestand, der nahezu ausschließlich die Verfechter dieser neuen Ideen noch enthält, kaum aber ihre Gegenspieler. Wer kennt heutzutage noch den Namen eines Louis Agassiz, dem Gegenspieler Darwins, oder den eines Thomas Carlyle, dem Gegenspieler Benthams und Mills? Dass die Frage nach dem Gottesbezug in der Wissenschaft aber längst nicht ausgestanden ist, sondern vermutlich nur vorübergehend unterdrückt, ist – mit Blick auf die Gesellschaftswissenschaften, aber womöglich auch darüber hinaus – ein oftmals übersehener Aspekt der Hayekschen Schriften.

Gesichert ist, dass die Idee vom „größten Glück der größten Zahl“ – „Nutzenmaximierung“ in moderner Diktion – spätestens seit Wilfried Pareto der Dreh- und Angelpunkt

der gängigen wirtschaftswissenschaftlichen Betrachtung ist. Dass es sich hierbei um eine zutiefst materialistische Weltanschauung handelt, dürfte klar sein, insbesondere wenn man bedenkt, dass der Konsum das alleinige Argument der verwendeten Nutzenfunktionen bildet. Doch nicht immer macht man sich bewusst, dass unsere heutige Lebensrealität gerade auch in ihren kritikwürdigen Punkten ein direkter Ausfluss dieses Denkens ist. Denn wenn ausschließlich im größtmöglichen Konsum das Erstrebenswerte und „Gute“ gesehen wird, dann gibt es keine Instanz, die dem Fokus auf Brot und Spiele, Vergnügung und Urlaub, Karriere und Eigennutz etwas entgegenzusetzen würde. Und entsprechend prägt diese permanente Glückssuche, man könnte auch sagen das Glücksrittertum, die Menschen von der Freizeitgestaltung bis hin zur Partnersuche, welche kaum mehr eine lebenslange menschliche Bindung ist, sondern zunehmend ein Tauschgeschäft auf Zeit. Das gesamte Handlungsgerüst und, damit verbunden, die gesamte Weltanschauung ist materialistisch durchtränkt. Und doch muss man in dem Satz vom größten Glück der größtmöglichen Menschenzahl das wenig verklausulierte Ziel der Schaffung eines Paradieses auf Erden erblicken und somit, in den Worten Rudolf Steiners, nicht weniger als einen „teuflischen Satz“.

Erschwerend kommt allerdings hinzu – und kaum einer hat das deutlicher herausgearbeitet als Friedrich August von Hayek –, dass die utilitaristische Position eine wissenschaftlich höchst unzulängliche Betrachtung darstellt, die pausenlos an ihren eigenen Maßstäben scheitert. Das gesamte Konzept vom „größten Glück der größten Zahl“ ist bei



Lichte betrachtet nicht mehr als ein Phantom. Denn nicht nur können die Menschen nicht wissen, was andere Menschen glücklich macht, sie wissen es meist nicht einmal über sich selbst; nicht nur können die Wissenschaftler das Glück, d. h. den Nutzen, nicht messen, sie können ihn auch nicht vergleichen oder zusammenzählen. Sobald sie sich auch nur annähernd versuchen, von diesem Konzept Gebrauch zu machen, verstricken sie sich heillos in Widersprüche.

Doch damit nicht genug, denn selbst wenn man annähme, dass es irgendwo ein gesellschaftliches Nutzenmaximum gäbe, bietet uns diese Wissenschaft keinerlei Mittel an, es auch zu erreichen. Im Gegenteil, je mehr das menschliche bzw. staatliche Handeln anstrebt, einen solchen Zielwert – etwa im Sinne eines größtmöglichen Bruttoinlandsprodukts – herbeizuführen, umso mehr scheitert sie damit. Denn wenn die sozialistischen oder keynesianischen Experimente der letzten einhundert Jahre eines gezeigt haben, dann dieses: Wohlstand lässt sich nicht erzwingen. Vielmehr, und damit sind wir wieder bei Hayek, entsteht der allgemeine Wohlstand im Grunde ohne unser Zutun, als Nebenprodukt einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Wenn der Staat sich zurückhält und den Menschen ihre Freiräume gewährt, dann führen Wettbewerb, Unternehmertum, Kapitalbildung und Innovation unter anderem auch zu materiellem Wohlstand.

Hayek hebt sich dabei jedoch in zweierlei Hinsicht von den übrigen Vertretern der österreichischen Schule ab. Zum einen darf man ihn getrost als einen entschiedenen Gegner des Nützlichkeitsdenkens bezeichnen, als „Anti-Utilitaristen“. Anders als beispielsweise Ludwig von Mises, der sich durchaus hin und wieder einer utilitaristischen Argumentation bedient, eröffnet Hayek, indem er ökonomische Probleme als Wissensprobleme formuliert, einen methodischen Zugang, der

vollständig ohne Rückgriffe auf utilitaristisches Denken auskommt. Bekannt ist sein Dictum, dass die Freiheit allein aus prinzipiellen Erwägungen verteidigt werden müsse und nicht aus Gründen der Nützlichkeit.

Doch nicht nur das. Hayek verzichtet nicht nur auf utilitaristische Erwägungen, er verwirft sie sogar, weil er in ihnen den Nukleus des totalitären Denkens, einer Übersteigerung der Vernunft und mithin den ersten Schritt auf dem Weg zur Knechtschaft erkennt. Man darf Hayek, zweitens, somit auch durchaus als einen „Anti-Aufklärer“ bezeichnen. Was bei ihm immer mitschwingt, ist die Suche nach einer höheren Ordnung, einer Ordnung, die den menschlichen Geist übersteigt. Er steht damit auch nach eigener Aussage in der Tradition derjenigen Denker, die sich zu allen Zeiten kritisch mit dem Gedankengut der Aufklärung auseinandersetzen, insbesondere Hume, Smith, Mandeville, Burke und Tocqueville, um nur einige zu nennen. Das verbindende Element zwischen Hayek und Smith ist nicht der Eigennutz, wie es von den Gegnern der freien Gesellschaft behauptet wird, sondern das Nichtwissen, namentlich die Tatsache, dass es Strukturen gibt, die von Menschen geschaffen, aber nicht von ihnen konzipiert wurden und doch zu ihrem Wohle funktionieren.

Und so entsteht im Hayekschen Denken ein Raum, der in der atomistisch-mathematischen Weltsicht gänzlich abwesend ist, ein Raum für gesellschaftliche Strukturen, für Gebilde wie Sprache, Moral, Tradition – und nicht zuletzt eben auch für Religion. Dieser Raum ergibt sich nicht nur dadurch, dass das Religiöse einen gleichberechtigten Platz als Studienobjekt neben allen anderen Elementen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens einnimmt, sondern zusätzlich auch darin, dass die Bedeutung und Sinnhaftigkeit der Religion für die Gesellschaft explizit anerkannt wird und in Verbindung

mit anderen Traditionen und Werten sogar als eine Voraussetzung für die Freiheit einer Gesellschaft angesehen wird. Nach Hayek stellen genau diese spontanen Ordnungen die Garantie dafür dar, dass eine Gesellschaft auch ohne staatlichen Zwang funktionieren kann, wohingegen Gesellschaften, die nach Gesichtspunkten von Nützlichkeit und Vernunft am Reißbrett entworfen wurden, geradezu zwangsläufig in eine totalitäre Anwendung ebenjener Vernunft münden müssen.

Es ergibt sich darüber hinaus allerdings eine weitere und noch tiefgreifendere Parallelität zwischen der Hayekschen und der christlichen Weltanschauung und man sollte nicht unterstellen, dass Hayek – selbst Katholik – diese Übereinstimmung herbeigeführt hat, weil er sich von christlichen Vorstellungen leiten ließ. Dazu war er viel zu sehr Wissenschaftler und kein Missionar. Jedenfalls aber – und das ist nicht ohne Bedeutung – tritt in der Hayekschen Sozialphilosophie an die Stelle der Rousseauschen Anmaßung die Demut gegenüber der gewachsenen Gesellschaftsordnung, an die Stelle der mathematischen Maximierung tritt die Unvollkommenheit des Wissens, an die Stelle des Beherrschens das Verstehen, an die Stelle des atomistisch-isolierten und gleichzeitig austauschbaren Individuums, wie es sich im homo oeconomicus präsentiert, tritt der individuell-unterschiedliche und in sozialen Strukturen gebundene Mensch, der trotz all seiner Fehlbarkeit und Begrenztheit darauf vertrauen kann, dass er in einem ökonomischen Prozess geborgen ist, der für eine Koordination des Gesellschaftslebens und die Korrektur von Fehlern sorgt, ohne dass hierfür eine weltlich übergeordnete Instanz vonnöten wäre. Ein Prozess, der ihn letztlich sogar vor der Übergriffigkeit anderer Menschen und vor der Vermachtung der gesellschaftlichen Strukturen schützt. Wer

kommt umhin, hierin eine tiefe Analogie zum Christentum zu erblicken?

Und wirtschaftlicher Fortschritt geschieht dennoch, beziehungsweise gerade deshalb. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass genau die ökonomischen Theorien, die das „größte Glück der größten Zahl“ zum Ziel erklären und es mit Hilfe einer meist staatlichen Apparatur erzwingen wollen – konkret etwa der Keynesianismus oder der Sozialismus –, dass gerade sie scheitern, wohingegen eine Gesellschaft, die dem Menschen seine Freiheit lässt, am ehesten gedeiht, dass Letztere die positiven Eigenschaften der Menschen fördert und hervorbringt und dass sie schlussendlich mit Wohlstand gesegnet ist. Und diese Einsicht passt nicht nur sehr gut zu den Paulusbriefen („zur Freiheit seid ihr berufen“), sie eröffnet auch eine frappierende Parallele zu Matthäus 6, wo zu lesen steht:

„Sehet die Lilien auf dem Felde, wie sie wachsen: Sie arbeiten nicht, auch spinnen sie nicht. Ich sage euch, dass auch Salomo in aller seiner Herrlichkeit nicht gekleidet gewesen ist wie eine von ihnen. Wenn nun Gott das Gras auf dem Feld so kleidet, das doch heute steht und morgen in den Ofen geworfen wird: Sollte er das nicht viel mehr für euch tun, ihr Kleingläubigen? Darum sollt ihr nicht sorgen und sagen: Was werden wir essen? Was werden wir trinken? Womit werden wir uns kleiden? Nach dem allen trachten die Heiden. Denn euer himmlischer Vater weiß, dass ihr all dessen bedürft. Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch das alles zufallen. Darum sorgt nicht für morgen, denn der morgige Tag wird für das Seine sorgen. Es ist genug, dass jeder Tag seine eigene Plage hat.“

Es ist dies nicht der Ort für eine tiefgreifende Bibelexegese, doch genügt vielleicht bereits diese Andeutung, um zu zeigen, dass sich



der moderne Mensch keinesfalls von Gott entfernen muss, um auch in einer materialistisch geprägten Umgebung sinnvoll zu leben. Dass der Mensch auch nach christlicher Vorstellung für sein leibliches Wohl sorgen darf und natürlicherweise sorgt, geht ja bereits aus dem letzten Satz des Zitats hervor. Dass er es damit aber nicht übertreiben soll, sondern letztlich in Bezug auf sein Wohlergehen auf eine höhere Ordnung hoffen muss und darf, ist jedoch die zweite und an dieser Stelle zentrale Botschaft. Es geht also nicht darum, den technologischen Fortschritt und die von der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung hervorgebrachten Annehmlichkeiten zu verwerfen, sondern darum, all diese Dinge aus dem richtigen Blickwinkel zu betrachten. Die Aufgabe des modernen Menschen besteht nicht darin, die Zeit, in der er lebt, abzulehnen, sondern vielmehr darin, seine eigene Mitte zu bewahren. Und was man bei Hayek lernen kann, ist: Die Verbannung des utilitaristischen Nutzenkalküls aus dem eigenen Denken ist dabei äußerst hilfreich. Der Mensch, der einfach nur handelt und dessen Präferenzen sich allein aus seinen Handlungen ergeben, jede Sekunde neu, muss nicht mehr nach einer „optimalen“ Lösung für sein persönliches Glück suchen. Er gibt sie stattdessen vor. An die Stelle der Suche nach dem bestmöglichen Verhalten, das es de facto gar nicht gibt – der Leser überprüfe sich selbst –, tritt schlicht eine Klarheit über die eigenen Verhältnisse. Oder anders ausgedrückt: An die Stelle der Sorge um die bestmögliche Entscheidung tritt die Freiheit.

Und Ähnliches gilt für die Wissenschaft. Was man bei Hayek findet, ist die Tatsache, dass entgegen allen aufklärerischen Glaubensbekenntnissen kein grundlegender Widerspruch darin besteht, Wissenschaft und Gott gleichzeitig zu denken, ja, dass sich diese Konzepte sogar gegenseitig befruchten können. Auf diese Weise führt Hayek

jene Auseinandersetzung fort, die so viele Philosophen schon vor ihm geführt haben, von denen die meisten jedoch im Laufe der Zeit von den Rationalisten jeglicher Couleur niedergetrampelt wurden. Gerade in einer Zukunft, in der die gesellschaftlichen Strukturen zunehmend erodieren, in der also das Nützlichkeitsdenken mit seiner ganzen Sterilität immer mehr seinen Fluchtpunkt erreicht, weil alles, was nicht hineinpasst, eliminiert wurde, gerade da könnte dieses Denken wieder relevant werden.

Dr.  
Hendrik Hagedorn



# Freiheit, Vernunft & Verantwortung

In einer Zeit, in der freiheitliche Werte unter Druck geraten, braucht es eine starke Stimme für den Liberalismus. Die Hayek-Gesellschaft fördert wissenschaftliche Arbeit, vermittelt ökonomische Bildung, organisiert Akademien für den Nachwuchs und bietet Foren für den Austausch freier Gedanken.

Mit Ihrer **Spende** sichern Sie die Unabhängigkeit und Reichweite dieser Arbeit – für eine Gesellschaft, die auf Eigenverantwortung, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft setzt.

**Stärken Sie die Freiheit.**

**Unterstützen Sie mit Ihrer Spende  
die Hayek-Gesellschaft.**

[www.hayek.de](http://www.hayek.de)

# HAYEK

## DAS BUCH

### „Des Teufels Geld“

Eine Rezension von Christian Langer  
zum Buch von Prof. Dr. Thorsten Polleit



Christian Langer rezensiert Thorsten Polleits Werk „Des Teufels Geld“ – eine eindrucksvolle Analyse der Fiatgeld-Problematik und ihrer gesellschaftlichen Folgen. Das Buch vermittelt ökonomisches Grundlagenwissen, kritisiert die staatliche Geldpolitik scharf und plädiert für marktwirtschaftlich fundierte Alternativen wie goldgedeckte Währungen und monetäre Freiheit.

Der Titel des Buches geht zurück auf das Werk Goethes (Faust). Danach versucht der Kaiser kurzfristig an Geld zu kommen. Mephistopheles empfiehlt, gestempeltes Geld auszugeben, das nicht gedeckt ist – das sogenannte Fiatgeld. Leider endet diese Maßnahme im Chaos und des Kaisers Reich versinkt.

Nach dieser Begebenheit findet sich auch der Untertitel des Buches „Der faustische Fiatgeld-Pakt – wie wir ihn kündigen und zu gutem Geld zurückkehren“.

Polleit, vielen bekannt als Präsident des Mises Instituts Deutschland und ehemaliger Chef-ökonom der Degussa, hat ein lesenswertes Buch veröffentlicht, das sicherlich auch für Nichtökonominnen ein lehrreiches Werk ist.

Er beginnt damit, dem Leser zu verdeutlichen, was Geld überhaupt ist – ein Tauschmittel, ohne das ein Wirtschaften praktisch unmöglich ist, da man sich sonst komplizierterweise über Naturalien behelfen müsste. Dabei lehnt er sich (wen wundert's) eng an die Theorien der Gründer der österreichischen Schule Carl Menger und Ludwig von Mises an. Eine Währung, die nicht (beispielsweise durch Edelmetalle) gedeckt ist, ist schlechtes Geld – also Fiatgeld. Der Begriff beschreibt das Phänomen, dass Geld aus dem Nichts entsteht, FIAT – lateinisch mit der Übersetzung: es möge geschehen, sprich: Geld möge aus dem Nichts entstehen.

Praktisch alle heutigen Währungen sind Fiatwährungen, die durch nichts gedeckt sind,

seitdem im Jahre 1973 entschieden wurde, den US-Dollar nicht mehr an eine Feinunze Gold zu binden. Dieser entscheidende historische Moment führte dazu, dass die Staaten immer wieder ihre Macht über das Geld für ihre eigenen Zwecke missbrauchten, gegen die Interessen der Bürger und Unternehmer. Er zitiert Friedrich-August von Hayek: „Mit der einzigen Ausnahme der 200 Jahre der Goldwährung haben praktisch alle Staaten der Geschichte ihr Monopol der Geldausgabe dazu gebraucht, die Menschen zu betrügen und auszuplündern“ (Seite 46).

Wie geschieht dies? Durch Geldmengen- ausweitung und der daraus abgeleiteten handlungslogischen Konsequenz der Inflation. Was Inflation bedeutet und welche Risiken damit verbunden sind, beschreibt Polleit ausführlich in Kapitel 2. Selbst eine Inflation von 2 % bedeutet rechnerisch beispielsweise nach 10 Jahren einen Kaufkraftverlust von 18 %.

Antreiber der Inflation ist meistens eine von Regierenden abhängige Behörde (heute bekannt als Zentralbank), die die Geldmenge steuert bzw. ausweitet – ein beliebtes Instrument, um Wohltaten zu verteilen.

Polleit beschreibt in diesem Zusammenhang den sogenannten Cantillon-Effekt: das Ausweiten der Geldmenge ist nie neutral (wie die Politiker gerne behaupten): derjenige, der eine ausgeweitete Geldmenge zuerst erhält, wird begünstigt, weil er noch zu günstigen Preisen einkaufen kann. Diejenigen, die die Geldmenge als letzte erhalten, werden



benachteiligt – diese Maßnahme ist also „sozial ungerecht“ (Seite 64).

Eng mit Geld ist natürlich der Zins verbunden. In Kapitel 5 erklärt Polleit ausführlich, was der Zins überhaupt ist. Natürlich lehnt er sich an die Theorien der österreichischen Schule an.

Danach beschreibt der Zins einen Wertabschlag, da Menschen heutigen Mittelvorräten eine höhere Präferenz zuweisen als zukünftigen Gütern. Dies ist die sogenannte Zeitpräferenztheorie, die seinerzeit nicht nur von Böhm-Bawerk und Mises ausführlich untersucht wurde. Diese Theorie hat sich heute praktisch in fast allen nationalökonomischen Theorien durchgesetzt.

*Fiatgeld  
ist sozial  
ungerecht.*

Der Zins ist heute in den Händen der Zentralbanken mit der Folge, dass diese – über viele Jahre durch Politiker beeinflusst – eine Niedrig- und Nullzinspolitik betrieben haben. Dies führt zu schwerwiegenden Ungleichgewichten in der Volkswirtschaft und falschen Signalen für Unternehmer und Verbraucher. Würde sich der Zins frei am Markt bilden, ohne zentralgesteuerten Interventionismus, würde der Markt immer dazu tendieren, ein Gleichgewicht zu erreichen, ohne schwerwiegende Boom- und Boostphasen.

In Verbindung mit der Zeitpräferenztheorie leiden Tugenden und kulturelle Errungenschaften: „Wirtschaft und Gesellschaft werden gegenwartsorientierter, kümmern sich weniger um künftige Belange“ (s. 165).

Seine größte Aufmerksamkeit widmet sich Polleit in Kapitel 6 der Argumentation, warum Fiatgeld schlechtes Geld ist. Dabei macht

er einen kurzen Ausflug (S. 169) in die Theorie von Mises – der Logik des menschlichen Handelns, sprich der Praxeologie. Diese Handlungslogik kommt zum Schluss, dass Fiatgeld unlogisch und falsch ist und dass es zerstörerische Folgen für die Gesellschaft hat (s. 172).

Polleit entwirft aber durchaus mögliche Lösungen in Kapitel 7. Im ersten Schritt muss Aufklärung geschehen über die Übel des Fiatgeldes. Polleit appelliert daran, nach Kant, seine Faulheit und Feigheit abzulegen und seinen Verstand zu gebrauchen (*sapere aude!*).

Das Geldproduktionsmonopol der Staaten (über die Zentralbanken) muss abgeschafft werden (S. 249), es muss ein freier Markt für Geld geschaffen werden. Neben den bestehenden Währungen wie dem Euro können Parallelwährungen entstehen, die somit untereinander im Wettbewerb stehen.

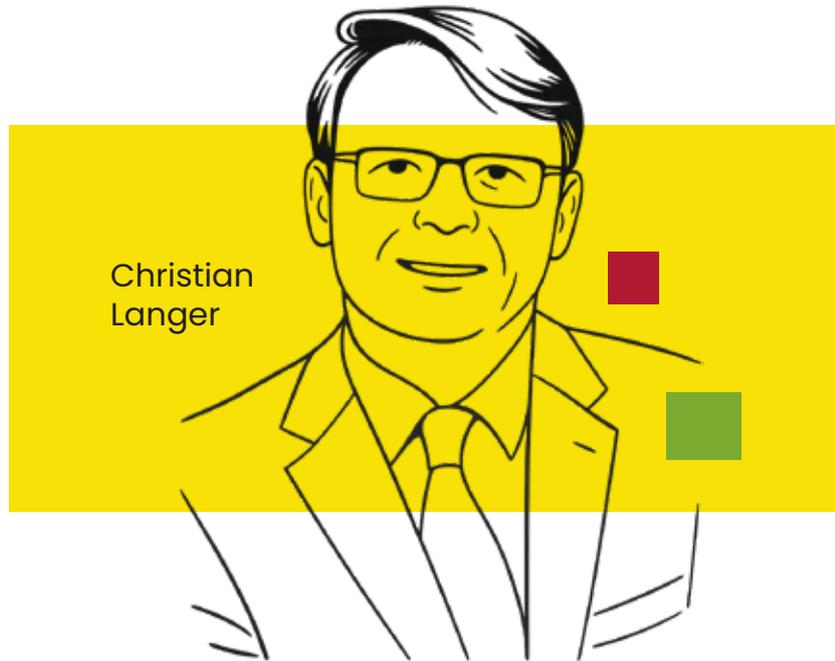
Parallelwährungen müssten über die Privatisierung der Geldproduktion entstehen und unbeschränkt dem freien Markt überlassen werden, also dem Zusammenspiel von freiem Angebot und Nachfrage. Einen konkreten Vorschlag macht er mit dem Gold-Euro auf S. 259. Diese Währung wäre mit Gold gedeckt und wäre ein verlässlicher Schutz gegen Inflation.

Polleit macht in diesem Kapitel einen kurzen Ausflug in die Welt des Bitcoins als dezentral existierende Währung (S. 269 ff.). Dabei geht er auch der Frage nach, inwieweit der Bitcoin das Zeug hat, zum allgemein akzeptierten Zahlungsmittel aufzusteigen. Er ist sich nicht sicher, da die Menschen sich an US-Dollar und Euro gewöhnt haben – diese Währungen haben sich in die Köpfe der Wirtschaftsakteure eingebrannt und sie betreiben mit ihnen Wirtschaftsrechnung.

Für denjenigen Leser, der sich die wichtigsten Argumente aneignen möchte, warum Fiatgeld schlechtes Geld ist, ohne sich durch die 348 Seiten zu mühen, sei ausschließlich Kapitel 9 empfohlen (Zum Abschluss).

Insgesamt ist Polleit ein für Laien sehr lesenswertes Werk gelungen, das die Folgen der heutigen Geldpolitik, sprich der ungedeckten Geldmengenausweitung, ausführlich beschreibt.

Er präsentiert aber auch Lösungen. Inwieweit diese Lösungen in naher Zukunft auch eine Umsetzung erfahren könnten: Daran muss leider bei der fehlenden ökonomischen Sachkompetenz unserer Politiker ernsthafter Zweifel bestehen.



Die höchste Auszeichnung der Hayek-Gesellschaft geht in diesem Jahr an **Vince Ebert**. Wir würdigen damit einen der scharfsinnigsten Freigeister in der deutschsprachigen Kulturszene. Als Wissenschaftsbotschafter und Kabarettist mit klassisch-liberalem Kompass verteidigt er die kritische Vernunft im Geiste der Aufklärung. Intelligent statt selbstverliebt, punktgenau und nie bössartig. Ein Klarspüler gegen die Schlieren des intellektuellen Konformismus. Feinde der offenen Gesellschaft haben es schwer gegen ihn: Denn er streitet gegen kollektivistische Anmaßung und bleierne Unmündigkeit mit der denkbar schärfsten Waffe – einem geistreichen Humor, der dem Publikum das Selberdenken nicht erspart. Damit stärkt er genau jenen Mindset, ohne den eine freie Gesellschaft nicht gedeihen kann.

Ein Jahr nach der Hayek-Medaille

# Javier Milei – zwischen Hoffnung und Realität

von Nickolas Emrich

Vor einem Jahr ehrte die Hayek-Gesellschaft Javier Milei mit der Hayek-Medaille. Nickolas Emrich erinnert an dessen reflektierte Rede in Hamburg, die Polarisierung der Öffentlichkeit und Mileis umstrittene, aber konsequent freiheitsorientierte Reformen in Argentinien. Nickolas Emrich ist Vorstandsmitglied der Hayek-Gesellschaft.

Vor etwas über einem Jahr, im Juni 2024, wurde Javier Milei in Hamburg mit der Hayek-Medaille ausgezeichnet – eine Ehrung, die regelmäßig Persönlichkeiten zuteilwird, die sich um die Idee der Freiheit verdient gemacht haben. Die mediale Resonanz war gespalten. Während die einen ihn als „Hoffnungsträger eines neuen Liberalismus“ feierten, brandmarkten ihn andere – darunter auch die öffentlich-rechtliche *Tagesschau* – pauschal als „ultrarechts“.

Ich war damals selbst vor Ort in Hamburg und habe seine Rede im Original auf Spanisch verfolgt – bewusst ohne Übersetzungskopfhörer, um den Tonfall, die Atmosphäre, die Emotionen unmittelbar wahrzunehmen. Es war eine überraschend persönliche, ruhige und reflektierte Ansprache.

Kein Auftritt eines polternden Populisten, wie es manche erwartet hätten, sondern ein Vortrag eines intellektuell geschulten, humorvollen Mannes, der über persönliche Reifung, wirtschaftliche Fehlentwicklungen und den Wert individueller Freiheit sprach. Milei zitierte große Namen der Österreichischen Schule: Hayek, Mises, Rothbard – und auch Hans-Hermann Hoppe, dessen Name in spanischer Aussprache ungewollt komisch wirkt.

Besonders in Erinnerung blieb mir der Kontrast zwischen dem, was drinnen geschah, und dem, was draußen geschrien wurde. Während im Saal über Marktwirtschaft, Freiheit und Selbstverantwortung gesprochen wurde, skandierten Demonstranten außerhalb der Hörweite „Nazis raus“. Dass eine freiheitlich orientierte, demokratisch gewählte Persönlichkeit wie Javier Milei mit einem System assoziiert wird, das auf der totalen Unterdrückung des Individuums basierte, ist nicht nur geschmacklos – es zeigt auch ein tiefes Missverständnis libertärer Ideengeschichte. Wer Liberalismus mit Faschismus verwechselt, hat weder ökonomisch noch historisch verstanden, worum es geht.



Ein Jahr später hat Javier erste Erfolge vorzuweisen – mit einem Programm, das in der Tat radikal, aber konsequent seiner Linie folgt:



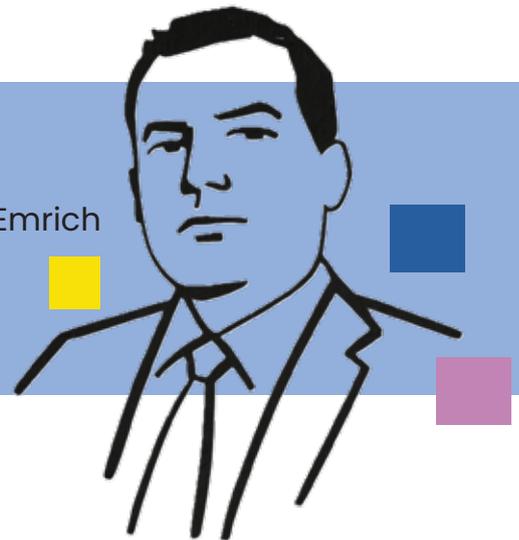
Entstaatlichung, Bürokratieabbau, Freihandel, fiskalische Disziplin. Der „Kettensägen-Präsident“, wie er in den Medien genannt wird, hat tatsächlich viele alte Strukturen zersägt – darunter Ministerien, staatliche Werbebetriebe und Subventionen. Seine Politik ist umstritten, seine Sprache oft drastisch. Aber er regiert mit einem klaren Ziel: die völlige Wende weg vom Etatismus hin zu einem schlanken, dienenden Staat.

Die wirtschaftliche Lage in Argentinien bleibt schwierig. Doch die positive Tendenz ist deutlich sichtbar: Die Inflation, über Jahre hinweg chronisch und lähmend, hat sich verlangsamt. Der Peso stabilisiert sich. Die Märkte reagieren vorsichtig optimistisch. Milei ver-

folgt eine Vision, die sich nicht von heutigen Popularitätswerten oder Umfragen leiten lässt, sondern von einem grundsätzlichen Verständnis darüber, wie Wohlstand entsteht – nämlich durch Freiheit, Eigentum und offene Märkte.

Ob er damit Erfolg haben wird, ist offen. Sicher ist nur: Die Debatte um die Hayek-Medaille war mehr als ein symbolischer Streit. Sie war ein Vorgeschmack auf einen weltweiten Richtungsstreit zwischen Staatsgläubigkeit und Freiheit, zwischen Kontrolle und Selbstverantwortung. In diesem Spannungsfeld steht Javier Milei – und mit ihm viele, die sich heute wieder trauen, laut und offen „Viva la libertad – carajo!“ zu sagen.

Nickolas Emrich



## Zur Person

**Nickolas Emrich** ist Wirtschaftsjurist, ehemaliger Franchise-Unternehmer und von 2015 bis 2022 Polizeibeamter in Berlin. Der Bestsellerautor und Mediator ist Mitglied des Vorstands der Hayek-Gesellschaft.

*Hayek*  
**Tage 2025**

24. und 25. Oktober 2025  
in Weimar

# Vorträge Diskussionen

Wie freiheitlich ist Deutschland noch?

Freiheit oder Gleichheit: Der Kern der Revolution

Welche Demokratie: Angriff auf den Rechtsstaat

Wirtschaftswunder Argentinien: Mileis Anlauf und Erfolg

Quo Vadis Donald Trump: Zollkampf oder Freihandel?

[www.hayek.de](http://www.hayek.de)

**ERZÄHLUNGEN  
UND IDEOLOGIE**  
DIE STILLE  
PSYCHOLOGISCHE  
MACHT DER NARRATIVE

von Prof. Dr. Erick Behar-Villegas

Narrative umgeben uns in unserem Alltag auf vielfältige Weise. Sie sind systematisierte Erzählweisen, die die Realität auf Kosten einer kritisch denkenden Gesellschaft stark und oft zielgerichtet oder gar ideologisch vereinfachen. Dabei müssen Narrative nicht per se gut oder böse sein. Wichtig ist vielmehr die Fähigkeit mündiger Bürger, jeweils zu erkennen, wo und wie Narrative gezielt eingesetzt werden, um politische Debatten verkürzt zu führen und, im Extremfall, intellektuell und gesellschaftlich lähmend zu bewirken. Der folgende Text gibt Einblicke in die Psychologie der Narrative und stellt durch ein Fallbeispiel der Narrativforschung dar, wie Narrative und Realität/en sich deutlich voneinander entfernen können. Bewusst wurde ein Beispiel aus einem anderen Kulturkreis gewählt. Es betrifft ein Paradoxon im kolumbianischen Friedensprozess, dem bei hoher Friedensintention ein signifikanter Anstieg struktureller Gewalt gegenübersteht. Anhand dieses Beispiels wird auf weitere narrativpsychologische Themen eingegangen. Auf dieser Basis wird die heutige Realität in Deutschland genauer in den Blick genommen. Auf beiden Extremen eines ideologischen Spektrums führen Narrative dazu, dass das Land durch die Abschwächung des kritischen Denkens und den noch zu erläuternden Multiplikatoreffekt sozialen Schaden nimmt.

## Einführung

Im Ablauf der Geschichte kommt es nicht selten zu einem seltsamen Paradoxon: Das, was wir uns erzählen und *wie* wir es uns erzählen, wird relevanter als das, was wirklich geschehen ist. Es geht darum, dass Narrative, d.h. intentional systematisierte Weisen des Erzählens (Halverson, 2011), uns Menschen und unsere Handlungen maßgeblich prägen. Sie wohnen uns inne und zeigen, wie die Psychologie und die Kunst der Überzeugung und Überredung funktionieren. In diesem Beitrag gehe ich der Frage nach, präziser gesagt, *erzähle* ich, was Narrative sind, was sie in der jetzigen Situation Deutschlands für uns bedeuten, wie sie entstehen und wie wir mit ihnen umgehen können, damit sie möglichst dem Gemeinschaftswohl (*public value*) dienen.

Narrative sind oft konkreter, als man denkt, denn weit mehr als der *homo oeconomicus* (der einseitig rational denkende und handelnde Mensch) ist der Mensch, wie er leibt und lebt, ein *homo narrans*, also ein in Erzählungen lebender und Realität im Wege der Erzählungen vermittelnder

Mensch. Ein aktuell sehr bekanntes Beispiel ist das *Klimamigrationskrisennarrativ*, das die Themen Klimawandel und Migration auf simpelste Weise zusammenbringt, die Realität vereinfacht und die Migrationskrise dem Klimawandel zuschreibt (Lohmann, 2024). Wenn man ein solches Narrativ verwendet bzw. fraglos akzeptiert, dann braucht man nicht mehr in die Details hineinzuschauen, denn manipulative Narrative sind große Freunde der kognitiven „Faulheit“ und als solche ausgezeichnete Instrumente der ideologischen Manipulation. Sie ersetzen energieverbrauchende Prozesse des Gehirns und skizzieren uns ein schnelles Weltbild, mit dem „man“ sich zufriedengeben kann, um nicht weiter denken zu müssen. Der moderne Mensch ist ja chronisch in Eile und hat nur limitierte kognitive Ressourcen.

Wir treffen deshalb auf eine mindestens doppelte Wirkung von Narrativen. Narrative können sehr „praktisch“ sein, wenn es darum geht, *echte* Geschichtserzählungen (z. B. die Lebensgeschichte einer Person samt der damit verbundenen Komplexität und Einzelheiten) auszublenden. Wenn sie indessen positiv wirken, so tun sie dies, weil eine solche



Vereinfachung der Realität auch einen guten Effekt haben kann.

Ein weiteres, kompliziertes und nicht ganz politisch-korrektes Beispiel ist das *Diskriminierungsnarrativ*. Damit wird gemeint, dass man eine breite Palette von Situationen, Aussagen und sogar Gedanken und Interaktionen plakativ und direkt als Diskriminierung kennzeichnet. Aber die Diskriminierung war und ist ja eine bewiesene Realität. Warum also Narrativ? Realität und Narrative können voneinander getrennt leben, bis sie irgendwann wenig miteinander zu tun haben. Denn man kann, wenn man kohärent und objektiv ist, nicht alle Situationen als Diskriminierung bezeichnen und dabei intellektuell und moralisch präzise sein. Solche Komplexitäten, die man heute absurderweise nur mit Seidenschuhen aus Angst berühren darf, sollten uns als Gesellschaft beschäftigen, denn wenn wir sie nicht entwirren, verwirren sie uns hin zum Punkt des intellektuellen Autonomieverlustes. Anders formuliert: Wenn wir uns nicht dessen bewusst sind, wie Narrative entstehen, und sie nicht ansprechen und entschlüsseln dürfen, zerfällt nach und nach eine der wichtigsten demokratischen Errungenschaften, d. h. die Freiheit des kritischen Denkens. Da Narrative im politischen Kontext wichtig sind, und das politische Denken wohl als „bedeutendste Form des Denkens“ gesehen werden kann (Dohrmann, 2024), lohnt es sich, an die Thematik und umso mehr an ihre Implikationen zu denken.

## Was sind Narrative überhaupt?

Narrative sind systematisierte Erzählweisen die einem oder mehreren Interessen zugrunde liegen. Laut S. Geisel (2022) war der Begriff in den 70er-Jahren in der deutschen Sprache eher neutral. Heute ist er eher politisch, sogar ideologisch. Einige Narrative können wir als manipulativ betrachten, wenn sie ideologisch geprägt sind und sie

und ihre Förderer von der Ausblendung der Realität profitieren. Wir verkleiden ja die Realität in überzeugenden Erzählungsweisen, die oft eine starke emotionale Dimension beherbergen. Dazu kommt noch, dass Narrative auch in Metanarrativen zusammenkommen (z.B. Gerechtigkeit, Freiheit, Sicherheit), die die Welt in einer bestimmten Art und Weise kohärent rekonstruieren. Unsere Weltanschauung wird gefiltert und wiederformatiert, als ob Narrative Brillengläser wären, die uns das Farbspektrum neu definieren.

Denken wir dabei an ein kurioses Beispiel. Wenn wir uns die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Thema Adipositas (*obesity*) anschauen, haben wir Hinweise auf eine Gefährdung der Gesundheit: Die Risikoliste beinhaltet laut dem *National Institute of Health* (2024) Folgeerkrankungen wie Diabetes II, Asthma, Kreislauferkrankungen, Arthrosen usw. Gleichzeitig aber gewinnt an Visibilität eine Verzweigung der „Body Positivity“-Bewegung, die man in den sozialen Medien auch als *Fat Positive* oder *Fat Acceptance* bezeichnet, obwohl es einige Nuancen gibt, die sie unterscheiden. Und da treffen wir auf ein kompliziertes Thema.

Die Bewegung ist Anfang der 60er-Jahre entstanden, und zwar mit einem lobenswerten Ziel: die Diskriminierung von übergewichtigen Menschen (*fat-phobia*) zu bekämpfen (Severson, 2019). Die Idee ist klar: dass Menschen, dünn oder dick, gleich zu behandeln sind. Ich selbst bin sehr stark dessen bewusst, wie brutal das *Bullying* sein kann, wenn man dick ist, denn ich war übergewichtig in der Schule, als ich in Ohio (USA) aufwuchs. Das breite Spektrum an Beleidigungen und Lustigmarchen, denen ich in meiner nächsten Schule ausgesetzt war, könnte ich vergebens hier zusammenfassen. Allerdings kann ich sagen, dass die Diskriminierung mich nie *motiviert* hat, um konsistent abzunehmen. Es war was

anderes: die Stärkung des Selbstwertgefühls durch Familie, enge Freunde und Sport.

Und weiter: Das Thema der Adipositas-Akzeptanz verkomplizierte sich in den letzten Jahren, denn ein Teil der Antidiskriminierungsbewegung schlug einen Weg ein, den Kritiker als „Feier der Fettleibigkeit“ (*celebration of obesity*) bezeichnen (Cernik, 2018). *Fat Positive* wurde zu „Pro-fat“, also ein durch die sozialen Medien gestütztes Narrativ, das implizit oder explizit eine Verschlechterung der Gesundheit junger Menschen rechtfertigt, weil es „ok und gut“ sei, fettleibig zu sein. Daher kommt es zu beeindruckenden Bildern von Menschen auf TikTok & Co., die stolz und offen eine Menge an *Fat Food* gierig essen. Folglich gibt es auch tragische Konsequenzen, die hätten vermieden werden können. Deshalb überrascht es mich nicht, dass der Arzt und Autor E. Bernstein (2021, S. 161) Narrative als „Pathogen“ bezeichnet. Ein trauriges Beispiel ist der mit dem Kreislaufversagen verbundene Tod der 37-jährigen Aktivistin und Gründerin der Show „Super Sized Salon“, J. Lopez. Sie hat die Idee „gesund zu jedem Gewicht“ stark verteidigt und durch die Show verbreitet (Justice, 2022). Der Leser kann diese Debatte in den sozialen Medien selber erleben und sofort feststellen, dass wir hier mit einem komplexen, wenngleich interessanten psychologischen Thema zu tun haben. Wie funktioniert die Psychologie der Narrative? Diesem Thema widmen wir uns nun.

## Die Psychologie der Narrative

In einem Experiment mussten die Beteiligten vor einigen Jahren eine Erzählung lesen und dabei jede Aussage ankreuzen, die sie für falsch hielten. Die Forscher haben herausgefunden, dass je tiefer die Beteiligten in dem Text waren, umso weniger falsche Aussagen kreuzten sie an (Polleta, 2008). Die Implikation in der Psychologie ist eindeutig:

Wir lassen unsere Skepsis beiseite, wenn eine Geschichte uns überzeugt. In anderen Worten: Wenn du mir eine Geschichte erzählst, die ich mag und mich irgendwie überzeugt, bin ich (unbewusst) bereit, mein kritisches Denken und meinen Realitätsbezug teils oder voll auszublenden. Das Thema ist noch kurioser: Selbst die Erinnerung kann manipuliert werden. Ein gutes Beispiel hierfür haben Brainerd & Reyna 2005 in *The Science of False Memory* präsentiert: Kinder, die in Disneyland gewesen sind, berichteten, dass sie sich an Bugs Bunny aus ihrem Aufenthalt erinnern konnten. Aber es gibt einen Haken hier: Bugs Bunny gibt es nicht in Disneyland. Er gehört ja zu Warner Brothers (mit vielleicht einer lustigen Pseudo-Ausnahme 1955, als Hyde and Hare einen ähnlichen Bugs Bunny bei Disney zeigten!).

Eine natürliche Konsequenz unserer kognitiven Limitationen, wie oben dargestellt, ist eine suboptimale Einschätzung der Realität. Etwas mag blau oder grün sein, aber ich kann daran zweifeln, wenn ich stark von einem Narrativ beeinflusst werde. Um dies zu verstehen, können wir auf einen wichtigen Begriff der Psychologie greifen: die *Schemata*. 1932 erschien das Werk von F. Bartlett, der das Schemakzept als eine abstrakte und „aktive Zusammensetzung von Erfahrungen“ definierte, die über ein Informationsmuster hinausgeht. In meinen Vorlesungen erkläre ich dies anhand eines Beispiels. Es kann sein, dass Sie, liebe(r) Leser(in), Fußball oder eine andere Sportart mögen, in dem Stadion relevant sind. Sie haben die Abstraktion des Stadions im Kopf und wissen ja, dass es generisch gesehen, sicherlich Türen, eine Arena, sanitäre Einrichtungen und eine Art Überdachung hat. Aber Sie kennen auch genaue Beispiele, die wir in der Psychologie „Exemplare“ nennen, also z. B. die Allianz Arena in München oder die Bombonera in Buenos Aires.



Mit dem Schema und den vielen Exemplaren ordnen Sie also die Information ein und ziehen daraus einen Sinn, einen Realitätsbezug. Für uns ist dies durchaus relevant, weil Narrative unsere Schemata beeinflussen und (re)organisieren (Bundgaard, 2007). Ein Narrativ sagt mir also, was ein Stadion haben sollte, und warum A ein Stadion ist und B vielleicht nicht. Damit (be)deutet wohl auf etwas das Narrativ, und zwar hilft es, die Realität zu vereinfachen. Denken wir nun an die Medien. Laut dem, was Max Weber „Idealtypus“ in *Wirtschaft und Gesellschaft* bezeichnete, wäre ein heutiger Nachrichtensender ein Medium der Information. So einfach ist es aber nicht, und dies hat R. M. Ruthardt (2023, S. 69) in seinem Roman *Das laute Schweigen des Max Grund* präzise zusammengefasst: „Journalisten (...) haben nicht die Aufgabe, eine sogenannte Wahrheit unter das Volk zu bringen. Sie haben den Job, frei von eigenen Wertvorstellungen Sachverhalte zu berichten, Meinungen zu äußern und Meinungen als solche zu kennzeichnen“. Das ist der Idealtypus, aber die Psychologie der Narrative ist durchaus hilfreich um zu verstehen, dass Nachrichtensender Instrumente werden können, um Narrative als kognitives Schema gewisser Information zu verbreiten. Anders gesagt, Medien können stark instrumentalisiert werden, um Narrative durchzusetzen, weil Narrative unser Verhalten beeinflussen. In der Ökonomie hat sich R. Schiller (2019) damit tief beschäftigt. In *Narrative Economics* zeigte er, dass Narrative unser ökonomisches Verhalten prägen, sei es, um Produkte zu boykottieren, Aktien zu (ver)kaufen oder einfach, um unbewusste Kaufentscheidungen zu treffen, weil man glaubt, dass man das Richtige tue.

In meinen Wirtschaftspsychologie-Vorlesungen in Berlin und Monterrey sprechen wir ein schwieriges Thema an. Schwierig, weil einige es emotional angehen und sogar persönlich nehmen können. Ich beziehe mich auf das Vegan-Narrativ. Ich sage meinen Stu-

dierenden, dass ich weder für noch gegen das Vegane sein bin. Aber ich erkläre auch, dass ich durchaus gegen falsch informiertes Konsumverhalten bin. Ich erzähle Ihnen eine kurze Geschichte, um das Thema aufzuklären. In einer *low-sugar* Bäckerei eines Freundes in Berlin kamen einmal zwei vegane Kunden. Sie waren sauer auf ihn, weil er keinen veganen Kuchen anbot. Das sei diskriminierend (Narrativ der Diskriminierung?) und vegan sei gut, weil gesund. Und da, sage ich meinen Studierenden, gibt es kein happy ending in der Geschichte. Alle waren frustriert in der Bäckerei. Ich selbst auch, als ich die Geschichte erfuhr. Vegan heißt nicht automatisch gesund, und ein nicht kritisch denkender Mensch kann wohl anhand der durch das Narrativ entstandenen Abstraktionen schnell darauf reinfallen. Wir können durch Narrative unser Verhalten direkt ändern, selbst zu Ungunsten unserer Gesundheit.

### **Eine kurze Fallstudie: Das Friedensnarrativ, welches mehr Krieg mit sich gebracht hat.**

Wie kann es sein, dass ein Narrativ, das Frieden fördern soll, genau das Gegenteil mit sich bringt, ohne dass ein großer Teil der Bevölkerung dies versteht, selbst Jahrzehnte danach? Erlauben Sie mir eine kurze Reise in die Tropen, wo ich geboren bin und mich leider seit Jahrzehnten nicht mehr zu Hause gefühlt habe: Kolumbien, ein Land, in dem meine Familie vor drei Generationen gelandet ist. Ein „Paradies“ der Widersprüche und gleichzeitig der perfekte Kontext für die Narrativforschung. Man hört oft zurecht, dass das Land voller Kontraste ist: Schönheit der Landschaften versus Gewalt, das perfekte Wetter versus Unsicherheit, tolle Musik versus Empathielosigkeit, der wunderbare Kaffee versus eine extreme Korruption und viel mehr.

Ein Teil der Landesgeschichte sei kurz und

bündig dargestellt: Das Land leidet ja seit Jahrzehnten unter einem Bürgerkrieg, in dem kommunistisch-motivierte Guerillas, paramilitärische Gruppen und die Armee gegeneinander kämpfen. Es ist also der ideale Ort, um einen Friedensprozess durchzusetzen und damit viel Leiden in die Vergangenheit zu verbannen. Die repräsentativste Guerilla, die in den Bergen Kolumbiens in den 60er-Jahren entstanden ist, ist die FARC. Vor ein paar Dekaden war sie offiziell eine Terrororganisation, die nach den 80er-Jahren von dem Drogenhandel profitiert hat; heute ist sie eine politische Partei mit mehreren im Friedensabkommen vorgesehenen Sitzen im bikameralen Parlament. Das klingt vielversprechend, wenn man anhand eines Narrativs die Realität ausblendet und sich auf „ich will Frieden, Punkt“ konzentriert. Durch ein stark gefördertes Friedensnarrativ wurde 2016 das Friedensabkommen abgeschlossen, für den der damalige Präsident Santos den Friedensnobelpreis bekam. Die EU hat das Thema strukturell unterstützt und, aus Versehen oder auch nicht, das Narrativ bekräftigt.

Nun wenden wir uns dem Thema zu, das ich vor Kurzem in einem Buchkapitel präsentiert habe (Behar-Villegas, *forthcoming*). Wir möchten dabei den Widerspruch analysieren, wie es durch ein Friedensnarrativ zu mehr Krieg kommen kann.

Narrative können natürlich in die Gesetzgebung durchsickern und dabei formell legitimiert werden. Das Phänomen des Legalen-Formalismus (*legal-formalism*) erlaubt es ja, weil die Form irgendwann wichtiger als der Sinn und Inhalt wird. Es ist also der Wortlaut des Gesetzes, der zählt, *the dead letter*, so wie Ludwig von Mises es einst darstellte. Ein Gesetz ist u. a. ein formalisiertes Narrativ oder eine Herauskristallisierung von gemischten Narrativen, die oft einen ideologischen Hintergrund haben. Das heißt per se nicht gut oder böse. Beide Wege sind ja

offen. In dem Friedensprozess in Kolumbien, auch wenn die FARC unzählige Gräueltaten noch vor und während der Verhandlungen begangen haben, stieg der Optimismus und das Ersehnen nach einer besseren Zukunft rasant. Denn, wer will nicht ohne Frieden in seiner nahen Umgebung leben, so der Gedankengang.

In dem o. g. Artikel zeigte ich, dass man das Narrativ durch die Wörterhäufigkeiten und eine sog. Sentiment-Analyse quantifizieren und begründen kann. Bei den 2016 veröffentlichten Artikeln der drei größten Zeitungen in Kolumbien konnte man sehen, dass mehr als 65% einen positiven Eindruck des Friedensprozesses suggerieren. In der Psychologie würden wir sagen, das Framing, also wie ein Inhalt kommunikativ dargestellt oder „eingerahmt“ wird, war durchaus positiv. Dazu kommt noch ein interessantes Element. Der Präsident plädierte für ein Referendum, damit das Volk den Friedensprozess legitimiert. Dabei war die Frage so konstruiert, dass das kognitive Gewicht des positiven Friedensnarrativs eindeutig war. Was würden Sie antworten, wenn ich diese Frage stellen würde und Sie in einem von Gewalt dominierten Land leben würden?

*Unterstützen Sie das endgültige Abkommen zur Beendigung des Konflikts und den Aufbau eines stabilen und langdauernden Friedens?*

Im Rahmen einer meiner Vorlesungen in Monterrey, Mexiko, habe ich ein Experiment durchgeführt, um dabei mit nicht-kolumbianischen Studierenden, die aber Spanisch als Muttersprache haben, das Framing der Frage zu analysieren. Mit einer Stichprobe von 76 Studierenden, hat keiner „Nein“ favorisiert. In den Kommentaren zum Experiment stand z. B. „Wer würde denn nein sagen!“. Und nichtsdestotrotz hat das „Nein“ in Kolumbien mit über 50% der Stimmen gewonnen. In der Forschung zum Friedensprozess gibt es kri-



tische Stimmen aufgrund der mangelnden Neutralität des Referendums (vgl. Altman, 2016). Die Regierung hat trotzdem den Friedensprozess danach durch eine Fast-Track Lösung im Kongress durchgesetzt.

Ein Punkt des Abkommens sah vor, dass ehemalige FARC-Anführer einen Sitz im Kongress und im Senat bekommen, ohne dass sie eine Gefängnisstrafe absitzen müssen. Die Problematik ist aber, dass die Gewalt im Land nicht nur nicht abgenommen hat, sondern im Gegenteil eher gestiegen ist. Allerdings mit Akteuren, die nun anders heißen: FARC-Dissidenz, EMC (ex-FARC), u. a. Ich nenne es informell *terror-rebranding*. Alle illegal bewaffneten Gruppen, die die Polizei in ihrer Statistik verzeichnet, sind sogar zwischen 2022 und 2023 gewachsen, und damit auch die Gewalt (Rodríguez-Álvarez, 2024). Vor ca. zwei Jahren kam ein neuer Präsident zur Macht (Gustavo Petro), der selbst Militant der M-19 Guerrilla war. Diese Gruppe ist u.a. für Mord, Entführungen und die Zerstörung des Justizpalasts 1985 bekannt. Die neue Regierung verbreitet dabei ein Narrativ des „totalen Friedens“, was uns in deutscher Sprache eher schlechte Reminiszenzen wecken könnte. Trotz des totalen Friedensversprechens steigt heute die Gewalt weiter hin zum Punkt, in dem mehrere Regionen de facto von illegalen Armeen regiert und terrorisiert werden. In 2024, so die renommierte La República, erhöhte sich diese Präsenz um 36% im Jahresvergleich.

Das kurze Fallbeispiel zeigt, dass ein Narrativ und eine ihm widersprechende Realität koexistieren können. Dies bringt unter anderem eine philosophische Debatte mit sich, die längst in der westlichen Philosophie vor allem in der Lehre der Griechen und in den Schriften von B. Russell und I. Kant zum Ausdruck kommt. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die argumentieren, dass es

eine unabhängige Realität gibt, die jenseits unserer Wahrnehmung existiert. B. Russell und Aristoteles sind gute Beispiele der ersten Gruppe, also die des (wissenschaftlichen) Realismus. Kant hingegen deutete darauf hin, dass wir die Realität oder die *Noumena* (die Dinge an sich) durch unsere Sinne erkennen. Das sind also keine *Noumena*, sondern eher *Phänomene* (vgl. Kant, 1919 [1781]). Es mag eine Realität geben, aber es ist weit entfernt von unserer Erkenntnisfähigkeit. Sie und ich können also die Realität nur durch unsere Sinne erfahren und erkennen.

Jenseits der Fallstudie in Kolumbien kann man festhalten, dass Narrative unser kritisches Denken abschwächen können, wenn wir es erlauben. Beispielsweise, wenn wir die Meinung anderer Menschen unkritisch annehmen, kann es nicht nur zu Fehleinschätzungen kommen, sondern auch zu einem unrealistischen Optimismus (Weinstein & Lachendro, 1982). Aber die Implikationen hören nicht auf: Denn dieser Optimismus und sogar die Naivität kann dann in der Gesetzgebung zementiert werden, durch die sie aus der Kritik auskommt und dann kaum zu Reformen geschoben wird, weil die Transaktionskosten einfach zu hoch sind. Die nächste Abbildung fasst zusammen, wie Narrative in Gesetzen zementiert werden, die die Illusion des Gemeinwohls schaffen, ohne dass es der Gemeinschaft wirklich besser geht.

### **Deutschland: ein Exkurs der Narrative und einer besorgniserregenden Realität**

Den gegenwärtigen Kontext in Deutschland kann man anhand der Narrativforschung etwas tiefer verstehen. Dabei kommen Narrative und Gegen narrative in den Sinn, die heute stark in den sozialen Medien, vor allem während der Wahlen, verbreitet werden. Von Wokismus hin bis zur Ausländerfeindlich-

keit, Deutschland malt auf beiden Extremen ein besorgniserregendes Bild von toxischen Narrativen, die das kritische Denken der Öffentlichkeit abschwächen und deshalb das Wahlverhalten und anderes beeinflussen können. Hierzu veröffentlichte die Amadeu Antonio Stiftung 2017 einen Bericht, in dem mehrere Narrative identifiziert wurden. Für die Autoren bieten Narrative „eine Sinnstruktur, die – wie eine Parabel – Ereignisse in einen Gesamtzusammenhang einordnet und damit bestimmte Weltansichten untermauert oder befördert“ (S. 10). Damals sprach man schon von Narrativen, die die heutigen Diskurse der AfD Partei reflektieren (z. B. Untergang der Deutschen, Bedrohung von außen und von innen). Die Studie zeigt leider nur eine Seite des Spektrums, allerdings gibt es einen weiteren Mehrwert in einer der Schlussfolgerungen: Narrative ermöglichen „ein Modell des Populismus“ (S. 18) und dies ist wohl auf beiden Extremen des Narrativkontinuums möglich. Narrative befeuern sowohl den Rechts- als auch den Linkspopulismus, wenn man dies vereinfacht ausdrücken möchte.

Sogar ältere und etwas implizitere Narrative, wie der „Land versus Stadt“-Antagonismus, finden in der heutigen Wahrnehmung einen Platz und füttern dabei politische Narrative auf der rechten Seite des Spektrums (Tempel, 2024). Auf der anderen Seite kommt es aber auch zu radikalen Meinungen unter dem Narrativdach des Klimawandels. Ein Beispiel hierfür sind die Wörter einer Journalistin während einer Veranstaltung Anfang 2024, bei der sie für das Verbot „in aller Härte“ vom Neubau und die Rationierung vom Wohnraum auf 50 qm plädierte. Der Finanzjournalist E. Wolff (2024) hat einen interessanten Namen für dieses Narrativ im Rahmen seiner Kritik ausgearbeitet: *Regenbogen-Totalitarismus*. Die Meinung der Journalistin ist aber kein Einzelfall. Sie reflektiert das Metanarrativ der sogenannten „Degrowth theory“. Diese behauptet, dass statt Wachstum eher ökonomisches Schrumpfen als Lösung für sozioökonomische und umweltbezogene Probleme sei. Es baut sich aber langsam ein Konsens in der empirischen Wirtschaftsforschung auf, laut dem die „Degrowth theory“ kaum nachgewiesen ist und dagegen sogar



Prof. Dr. Erick Behar-Villegas



Aspekte wie Kausalität und Repräsentativität falsch versteht (vgl. Savin & van den Bergh, 2024). Mehr als eine Theorie scheint Degrowth ein ideologischer Diskurs zu sein, der aber als Narrativ verbreitet wird und nicht zu weit von der Gesetzgebung ist.

Es gibt weitere Beispiele auf beiden Seiten des Spektrums. Zum Thema AfD argumentiert Wolff (2023), dass Narrative der Partei „von der militanten Ab- und Ausgrenzung [leben]. Der Wert des (möglichst deutschen) Menschen bestimmt sich durch die Herabsetzung des anderen (nichtdeutschen, queeren ...)“. Aber wieder auf der anderen Seite des Spektrums findet man radikale Verhaltensformen von Aktivisten, die unter dem Klimawandelnarrativ anderen Mitbürgern direkt und indirekt schaden können (und wollen?). Im Namen der Umwelt klebten sich häufig Aktivisten der „letzten Generation“, um den Verkehr lahmzulegen. Dabei kommt es paradoxerweise zu mehr Benzinverbrauch durch Umwege und zu weniger Verständnis von Mitbürgern, die auf der Straße sind, weil sie ihr Leben selber leben, wie es in einer freien Gesellschaft erwartungsgemäß geschieht. Die Aktionen erreichen oft ein surrealistisches Extremum, wenn man sieht, dass selbst eine hochschwangere Frau nicht durch die Straße durfte, weil eine dieser Protestaktionen stattgefunden hat. Wenn sie die Polizei nicht gerettet hätte, würden wir über eine Tragödie lesen (Gehrke, 2023).

Die Anzahl von narrativgetriebenen Meinungen und Verhaltensformen, die die Gesellschaft langsam zum Sektarismus bewegen, wird im jetzigen Kontext durch die sozialen Medien dank ihrer Macht bekräftigt. Da spielt wieder die Psychologie eine Schlüsselrolle, um das Thema darzustellen. Wenn Influencer und weitere öffentliche Figuren Narrative befeuern, kommt der sog. Halo-Effekt ans Licht. Wir kennen den

Begriff *Halo* ja aus der Astronomie, die es als eine sphärische Region identifiziert, die eine Galaxie umgibt. In der Psychologie ist der Halo-Effekt eine Fehleinschätzung eines Menschen, dessen Beurteilung nur anhand einer Eigenschaft zustande kommt. Beispielsweise, wenn Sie einen Sänger mögen, weil er talentiert ist und toll singt, kann es sein, dass Sie unbewusst seine weiteren Eigenschaften gut beurteilen: Er singt gut, daher ist er ein guter Mensch und vielleicht kocht er auch super. Stellen wir uns nun vor, welche Gefahr besteht, wenn all diese Elemente zusammenkommen: Wir vereinfachen die Realität durch ideologiestützende Narrative und bekräftigen die Botschaft durch natürliche kognitive Fehleinschätzungen. Dann gehen wir wählen, oder doch gar nicht.

Als letzter Punkt möchte ich gerne die Gefahr der gesellschaftlichen Lähmung durch Narrative ansprechen. Denn Narrative können ziemlich effektiv sein, wenn es darum geht, ehrliche und nicht unbedingt einfache Debatten zu beeinträchtigen oder sogar komplett zu streichen. Wenn dies der Fall ist, befinden wir uns in einer Verfallsform politischen Denkens, wo die Politik eher auf Basis von „Gesinnung und Glauben“ funktioniert (Dohrmann, 2024, S. 43) und deshalb dem Gemeinwohl nicht unbedingt beiträgt.

## Fazit

Narrative vereinfachen unser Verständnis der Realität. Sie können zu einem Überoptimismus führen, der nicht nur realitätsfern ist, sondern auch wichtige Implikationen im politischen Kontext hat. Denn politische Narrative sind enge Vertraute des Populismus, wenn sie ideologisch strategisch eingesetzt werden. Daher reflektieren sie eine Verfallsform politischen Denkens. Narrative müssen aber nicht schlecht oder gut sein. Vielmehr ist die Art und Weise, wie sie aufgebaut und

systematisiert werden, eine Herausforderung für kritisch denkende Bürger, die nicht in den Extremen des Spektrums stehen möchten, sondern möglichst objektiv bleiben wollen. Das Fallbeispiel Kolumbiens zeigt, wie ein Narrativ auf eine widersprüchliche Realität treffen kann, die es selbst fördert und gleichzeitig von den Fördernden des Narrativs nicht anerkannt wird.

In diesem Artikel wurde eine Analogie präsentiert, die Narrative als Brillen betrachtet, die unsere Wahrnehmung der Umgebung beeinflussen. In Zeiten der sozialen Medien besteht die Gefahr, dass ideologisch gestützte Narrative befeuert werden und dabei zu radikalen Verhaltensformen führen, die kaum demokratische Werte vertreten. Eine kritisch denkende Gesellschaft muss in der Lage sein, nicht nur ehrlich zu diskutieren, sondern auch manipulative Narrative zu enthüllen, um gemeinwohlfördernde Lösungswege zu finden.

**Hinweis:** Im Magazin *MITMENSCHENREDEN* in der Ausgabe 03/2024 ist dieser Artikel erstmals erschienen. Dort finden sich auch die Literaturhinweise. Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung zur Zweitveröffentlichung. | [www.mitmenschenreden.de](http://www.mitmenschenreden.de)

Illustration: Ralf M. Ruthardt



# GEDANKEN **SPRUNG**

Kolumne

## „Selbstbestimmung – das Fundament freier Existenz“

Selbstbestimmung ist nicht nur ein modernes Schlagwort – sie ist die *conditio sine qua non* eines freien Menschen. Im Zentrum steht nicht ein abstrakter Wille, sondern ein Subjekt, das seine Überzeugungen, Ziele und Werte eigenverantwortlich bildet und daraufhin handelt. Selbstbestimmung ist der Prozess, durch den ein Mensch nicht bloß reagiert, sondern gestaltet.

Bereits der antike Denker Aristoteles sieht freien Willen und verantwortliches Handeln als Ausdruck einer deliberativen Vernunft. Menschen sind nicht Getriebene, sondern urteilsfähige Akteure. Sie sind imstande, unterschiedliche Lebensentwürfe zu erwägen und bewusst zu wählen.

Wie wäre es mit Kant? Er verknüpft Selbstbestimmung mit Würde: Die Autonomie des Handelns, begründet durch den freien Gebrauch des Verstandes, macht den Menschen zum moralischen Subjekt. Nur wer aus sich selbst und nicht fremdbestimmt handelt, ist rechtsfähig – und moralisch verantwortlich.

„Die Existenz geht der Essenz voraus“, lehrt Sartre. Selbstbestimmung heißt hier: Wir definieren uns durch unsere Entscheidungen, und mit ihnen tragen wir Verantwortung – nicht nur für uns, sondern implizit auch für die Idee Menschheit. Freiheit ist niemals ohne Last – wir sind zugleich verantwortlich.

Im 19. Jahrhundert mahnt Feuerbach, dass unser Wille nicht unabhängig von unserem Wesen existiert: „Man will, was man ist.“ Freiheit muss sich im Rahmen unseres Charakters vollziehen. Freiheit ist somit keine Selbstüberwindung, sondern die Entfaltung des inneren Potentials.

Ich erkenne, dass Selbstbestimmung weder ein Geschenk noch eine Illusion ist, sondern ein gestaltender Prozess. Verdinglichung, Determinismus oder sozialer Druck mögen den äußeren Rahmen abstecken – doch lebendige Freiheit entfaltet sich dort, wo das Subjekt reflektiert, wählt und Verantwortung übernimmt. Selbstbestimmung ist weder absolute Unabhängigkeit noch uneingeschränkte Willkür – sie ist bewusster Einsatz von Vernunft, Charakter und Verantwortung.

**Na dann, seien wir selbstbestimmt!**

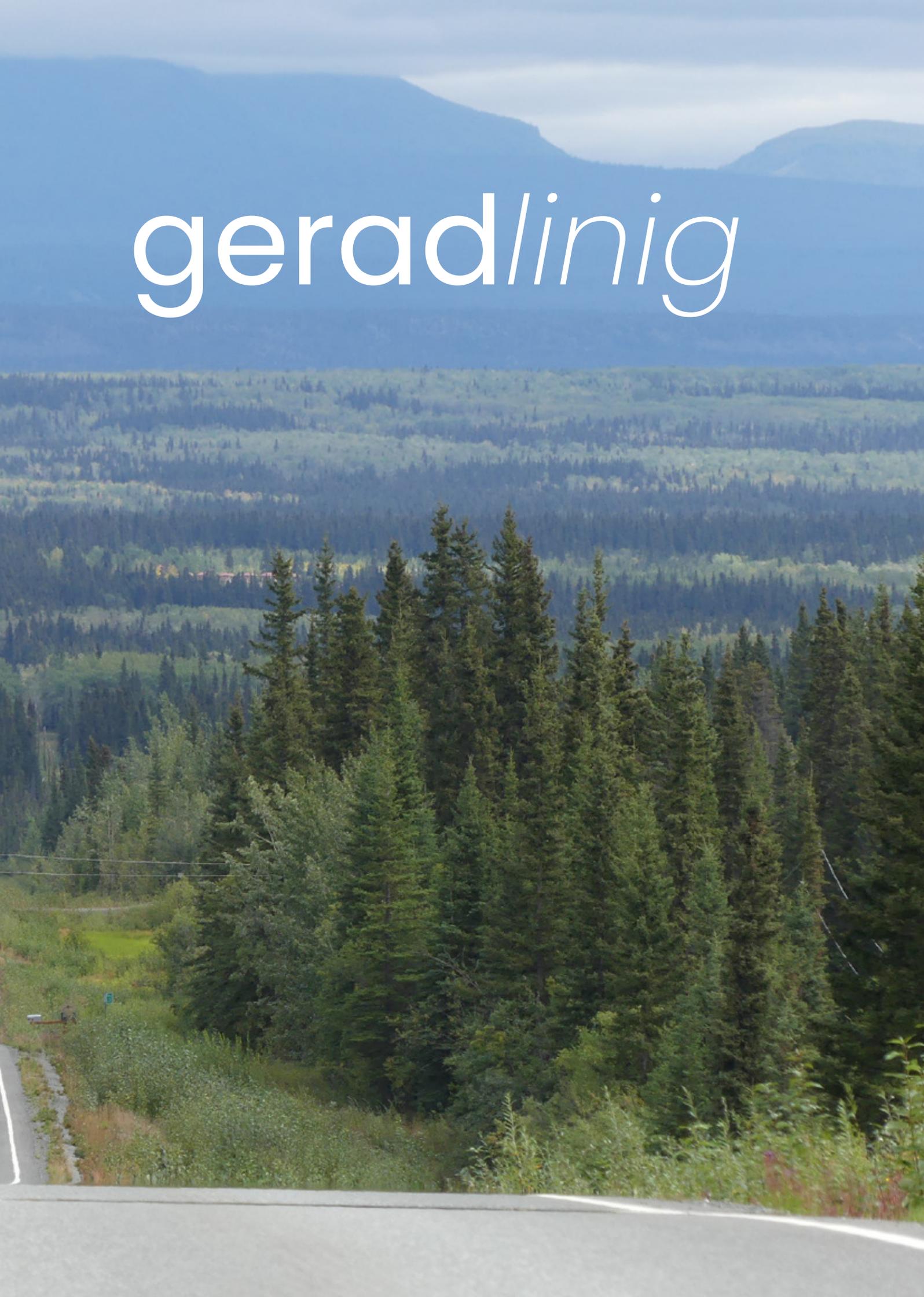


Ralf M. Ruthardt

Foto: Jona Ruthardt



geradlinig



[www.hayek.de](http://www.hayek.de)